Kampf dem Chaos im Büro **S. 26**

Mittelstands Magazin

www.mitmagazin.com
G 1480
5
2010
4,– €

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

POLITIK

NRW-Wahl: Droht Rot-Rot?

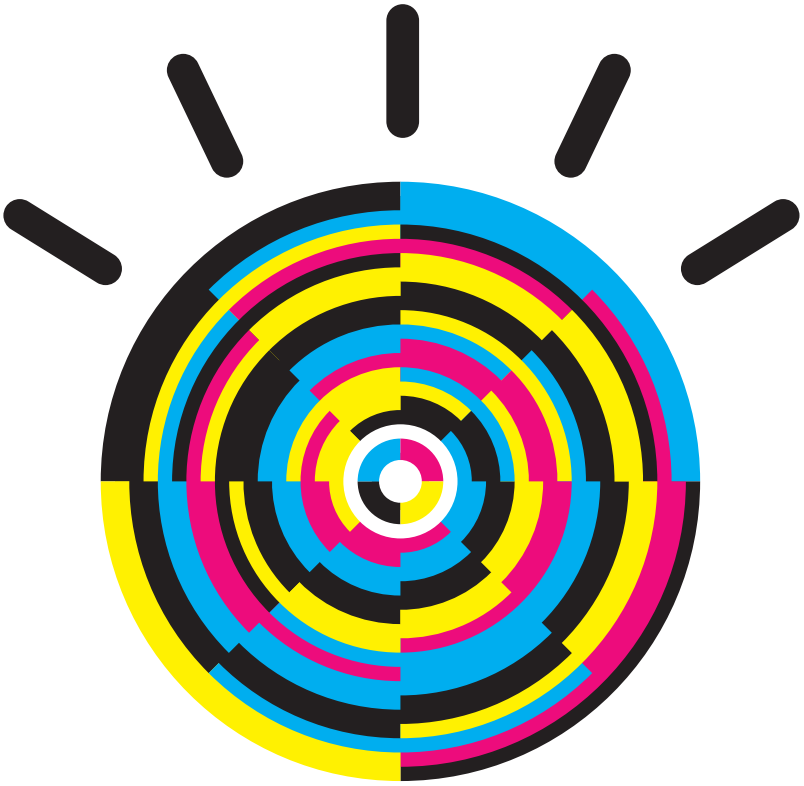
AUTO-TEST

Der VW-Bulli wird 60

WIRTSCHAFT

Wie Schweizer Banken mit Anlegern umspringen

UNTERNEHMENSNACHFOLGE rechtzeitig planen



Der Mittelstand: Motor für Innovation.

Wir leben in einer Welt, die sich in kurzer Zeit fundamental verändert hat: Im Grunde gibt es heute fast nichts mehr, was man nicht digital erfassen, vernetzen und mit Intelligenz ausstatten könnte. Das gilt auch für all die Systeme, Prozesse und Geräte, die wir brauchen, um Produkte zu entwickeln, herzustellen und zu handeln. Um Dienstleistungen zu erbringen – und um das Zusammenleben und -arbeiten von Milliarden Menschen zu erleichtern. Mit einem Wort: Unsere Welt wird smarter.

Die Innovationen, die diese Entwicklung möglich machen und vorantreiben, stammen aus einer Vielzahl verschiedener Quellen. Dennoch könnte man meinen, die neuen Möglichkeiten würden in erster Linie großen Unternehmen zugutekommen. Aber Tatsache ist: Der Mittelstand ist schon seit geraumer Zeit der Motor des Wachstums. Weltweit betrachtet repräsentiert er mehr als 90 % aller Unternehmen, in Deutschland über 70 % aller Arbeitsplätze und mehr als die Hälfte der Wertschöpfung. Er bringt mehr Patente und mehr Innovationen pro Mitarbeiter zustande als Großunternehmen.

IBM und Business Partner bieten mittelständischen Unternehmen Know-how und Instrumente, um produktiver und profitabler zu werden und so ihren Vorsprung zu nutzen und auszubauen. Speziell zusammengestellte, leistungsstarke und finanziell attraktive Lösungen helfen Unternehmen, ihre Effizienz zu steigern, ihre Rendite zu erhöhen und neue Marktchancen schneller zu ergreifen. Durch unsere Erfahrung aus der Zusammenarbeit mit Innovatoren jeder Größe in nahezu allen Branchen können wir Lösungen für fast jede Problemstellung und Aufgabe finden.

So haben wir zum Beispiel gemeinsam mit dem französischen Medizingerätehersteller Implanet ein völlig neues, effizienteres Geschäftsmodell entworfen, mit dem sich Implantate über die gesamte Lieferkette lückenlos verfolgen lassen. Der britische Ökostromanbieter Ecotricity nutzte die Hilfe von IBM, um sein explosionsartiges Wachstum in den Griff zu bekommen. Mit der Neuausrichtung der IT-Systeme für seine Kundendaten verbesserte sich die Rendite unmittelbar und die Servicequalität stieg. Die Impire AG, ein deutscher Anbieter von Sportstatistiken, hat mit unserer Hilfe Hunderte von Datenquellen auf einer Plattform zusammengeführt und begeistert Sportfans vor dem Fernseher nun mit packenden Echtzeit-Statistiken und 3-D-Grafiken zum Spielgeschehen.

Nicht zuletzt dank solcher intelligenter Lösungen gewinnen mittelständische Unternehmen heute die Art von Einfluss, die früher nur den größten Unternehmen vorbehalten war. IBM und Business Partner bieten die Unterstützung und das Know-how, um Ihre Visionen in die Tat umzusetzen – und Ideen in Resultate.

Wie smarte Ideen zum Erfolg unserer mittelständischen Kunden beitragen, erfahren Sie unter **ibm.com**/motor/de
Also: Machen wir den Planeten ein bisschen smarter.

Besuchen Sie unsere aktuelle Veranstaltungsreihe
IBM Breakfast Briefings Kompakt 2010
Informieren. Inspirieren. Diskutieren – jetzt anmelden!
Infos und Anmeldung: ibm.com/de/events/breakfast

IBM, das IBM Logo und ibm.com sind Marken oder eingetragene Marken der International Business Machines Corporation in den Vereinigten Staaten und/oder anderen Ländern. Andere Namen von Firmen, Produkten und Dienstleistungen können Marken oder eingetragene Marken ihrer jeweiligen Inhaber sein. © 2010 IBM Corporation. Alle Rechte vorbehalten.
O&M IBM S 5/10

DIE NRW-WAHL IST ENTSCHEIDEND!

Hartmut Schauerte, MIT-Landesvorsitzender NRW und stellv. MIT-Bundesvorsitzender

Am 9. Mai geht es in Nordrhein-Westfalen um mehr als um eine normale Landtagswahl. Seitdem die CDU im größten Bundesland die Vormachtstellung der SPD unter Führung von Jürgen Rüttgers brechen konnte, scheinen die Landtagswahlen bei uns immer mehr zu politischen Schicksalsfragen zu werden.

Was am 22. Mai 2005 schon ein politisches Erdbeben auslöste, könnte am 9.Mai 2010 ein abruptes und für das Land tragisches Ende finden. Es könnte aber auch die CDU/FDP-Koalition in Berlin zu dem machen, was wir uns wünschen.

Ging es 2005 bei der SPD um den Machterhalt, so geht es 2010 für die SPD gar um die Existenz als Volks- oder zumindest Großpartei. Würde die SPD daran scheitern, notfalls mit Hilfe der Kommunisten rund um Frau Wagenknecht die Macht zurückzuerobern, so wäre sie auf absehbare Zeit in die Opposition verbannt. Politik aus einem Guss könnte in Düsseldorf fortgesetzt und in Berlin bedeutend besser umgesetzt werden.

Die Sozialdemokraten werfen deswegen alles in die Schlacht, was sie haben: Finanzielle und organisatorische Mittel werden mobilisiert. Die wenigen Persönlichkeiten, die die SPD noch aufbieten kann, werden herumgereicht und man arbeitet notfalls auch mit schmutzigen Tricks.

Dagegen zu halten ist nicht leicht. Wir müssen einerseits klar machen, was die CDU in NRW alles an verkrusteten Strukturen in kürzester Zeit aufgebrochen hat. Die Botschaft muss rüber gebracht werden, dass den ersten positiven Schritten nun weitere folgen werden. Andererseits muss man auch polarisieren und unseren Stammwählern deutlich machen, worum es geht: ***„Geht Ihr am 9. Mai nicht zur Wahl, könnte die ehemalige SED Euer Schicksal mitbestimmen. Nein – sie WIRD es tun!“***

Würde in Nordrhein-Westfalen allerdings die bürgerliche Koalition bestätigt, so würden die Menschen ihr Votum von 2005 komplettieren. Sie würden damit beweisen, dass Nordrhein-Westfalen eine solide Haushaltspolitik, eine realistische Wirtschaftspolitik oder eine unideologische Umweltpolitik der CDU nach vorne gebracht hat. Die Bilanz der CDU in NRW ist wirklich beeindruckend. Die Steinkohlesubventionierung wurde auf Initiative des Landes NRW auf den Prüfstand gestellt. Mittelstandspakete prägten die Wirtschaftspolitik. Der Haushalt wurde in den ersten vier Jahren bis vor der Wirtschaftskrise praktisch auf Null-Nettoneuverschuldung zurück gefahren.

Dies kommt nun auch bei den Wählern an. Und bei den Mitgliedern der Union ist auch der Wille deutlich zu spüren, nicht erneut das Land in die Lethargie der 39 Jahre dauernden SPD-Vorherrschaft versinken zu lassen. Jetzt kämpfen sie auf der Straße um jede Stimme. Jetzt brauchen Sie auch jede positive Unterstützung aus Düsseldorf oder aus Berlin. Geschlossenheit ist nun gefragt. Der Gegner steht links!

Die NRW-Landtagswahl ist für die Zukunft des ganzen Landes eine Schicksalswahl. Für die SPD ist sie eine existenzielle Wahl, für die Bundesregierung eine politikprägende Wahl. Für uns in NRW eine Wahl, die die Zukunft unseres Landes bestimmen wird. ***Rot-Rot droht!***

Erleben Sie einen Tag wie im Film im Movie Park Germany, Deutschlands größten Film- und Entertainmentpark im Herzen des Ruhrgebiets oder bestaunen Sie mit Ihrer ganzen Familie die spektakuläre Aktionen und tauchen Sie ein in acht Abenteuerwelten mit über 50 Attraktionen und Shows im LEGOLAND® Deutschland!

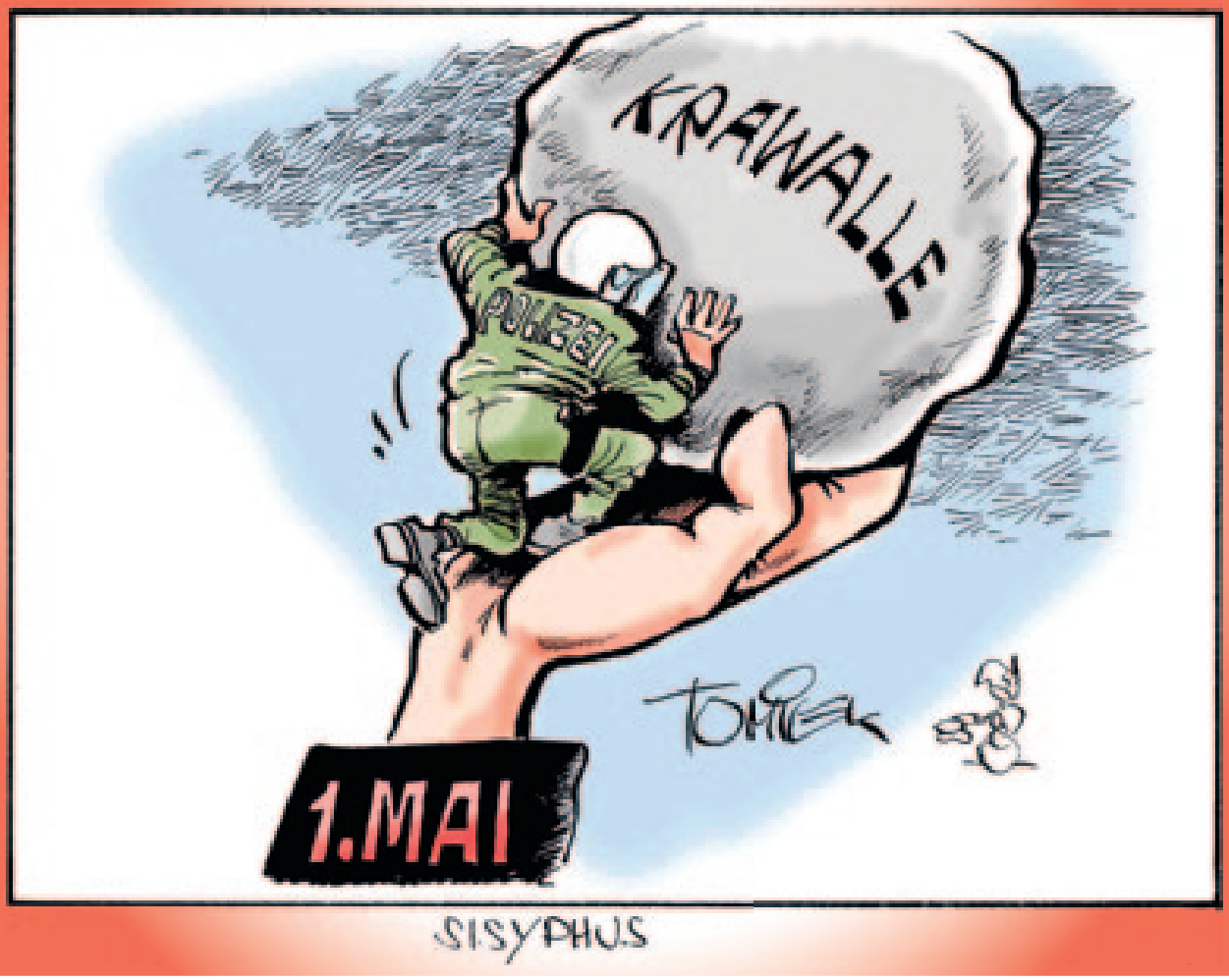
Nachlass
Movie Park: 20%
Legoland: bis zu 50%

Exklusive Vorteile für die Mitglieder der MIT

Überzeugen Sie sich selbst im Virtuellen Kreisverband der MIT unter www.mit-virtuell.de.

MIT MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER CDU/CSU
in Kooperation mit corporate benefits GmbH

Die Seite-4-Karikatur



Fußball-Weisheiten

In dieser und in der folgenden Ausgabe möchten wir unsere Leser auf die Fußballweltmeisterschaft vom 11. Juni bis 11. Juli in Südafrika einstimmen. Wir vermitteln Ihnen auf diese Weise das entsprechende Vokabular, mit dem auch Fußball-Laien in jeder Expertenrunde bestehen und mitreden können.

Heute ein Schnellkurs mit Lukas Podolski, 1. FC Köln

Wir müssen die Köpfe hochkrempeln, und die Ärmel natürlich auch. ☺ So ist Fußball. Manchmal gewinnt der Bessere. ☺ Wir sind zufrieden mit den drei Punkten. *(Nach einem 1:1 in Florenz)*
Wenn man Pech an dem Schuh hat, dann bleibt es auch kleben. ☺ Fußball ist einfach: Rein das Ding – und ab nach Hause. ☺ Wir brauchen uns vor den nächsten Wochen nicht zu verstecken. ☺ Wenn ich so einen linken Fuß gehabt hätte, hätte ich nicht 220 Bundesliga-Tore, sondern 500. *Jupp Heynckes über Podolski*
Es gibt nur eine Möglichkeit: Sieg, Unentschieden oder Niederlage. *Franz Beckenbauer, Ex-Fußballer*

***Die Zitate entstammen dem im Humboldt Verlag erschienenen Buch von Arnd Zeigler** „Keiner verliert ungern“*

Die zunehmende staatliche Bevormundung ist ein dickes Ding.

Mit Werbeverboten für Tabakwaren fing es an. Anzeigen, Spots in TV und Radio, Internetwerbung: alles untersagt. Nun diskutiert der Gesetzgeber noch weitergehende Verbote und Einschränkungen. Neben Tabak jetzt auch für alkoholische Getränke, Nahrungsmittel und Süßigkeiten. Wo das wohl hinführt? Wir bleiben bei unserer Meinung, dass der Staat mündigen Bürgern die Freiheit lassen sollte, Eigenverantwortung zu tragen und selbständig über ihr Genussverhalten zu entscheiden. Mehr über unser Engagement erfahren Sie auf www.bat.de

BRITISH AMERICAN TOBACCO
GERMANY

POLITIK

3 EDITORIAL
MIT-Vize Hartmut Schauerte schreibt über die Landtagswahl in NRW am 9. Mai

4 Unsere Seite-4-Karikatur
Einstimmung auf die Fußball-WM

8 Neues aus Berlin
Bürokratieabbau und Förderung von Forschung und Entwicklung

11 Aktuelles zur Finanzpolitik
Interview mit dem neuen finanzpolitischen Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Leo Dautzenberg, MdB

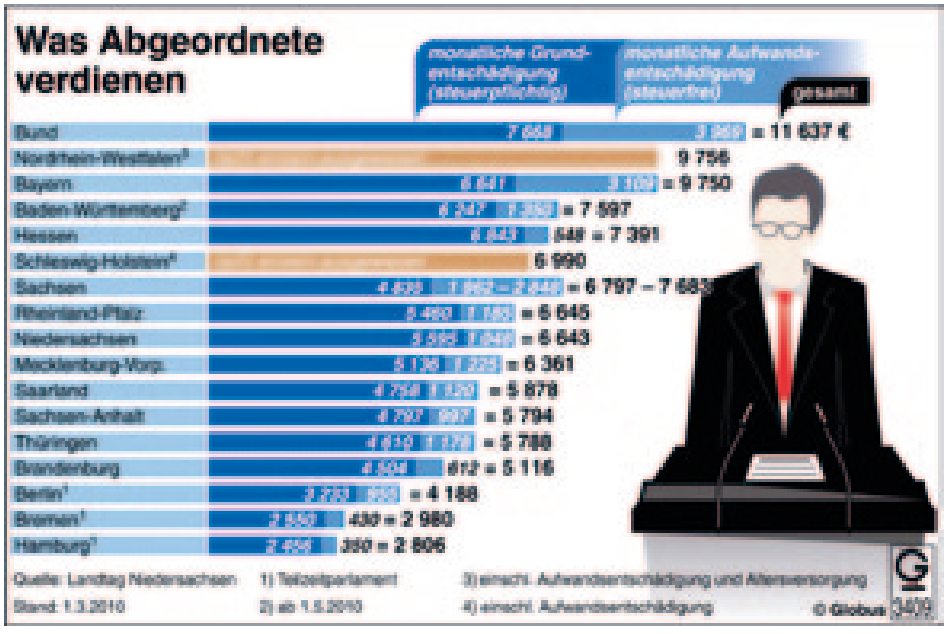
14 Die Zukunft fährt elektrisch
Dazu ist es wichtig, dass sich die Leitmärkte und Leitanbieter positionieren

16 Steuern sparen mit Rürup
Selbstständige haben nur wenige Möglichkeiten, ihre Altersvorsorge vom Staat fördern zu lassen

20 Unternehmensnachfolge im Dickicht von Recht und Steuern
Die Nachfolgefrage ist in Familienunternehmen fast immer mit Konflikten verbunden. Das MittelstandsMagazin beantwortet einige häufige Fragen

WIRTSCHAFT

24 Der Umgang Schweizer Banken mit deutschen Anlegern
So falsch und rechtlich zweifelhaft der Umgang deutscher Behörden mit gestohlenen Steuerdaten sein mag, so verantwortungs- und rücksichtslos ist die Beratung der Anleger durch Schweizer Banken, die ihre Klientel regelrecht in „Geiselhaft“ nehmen

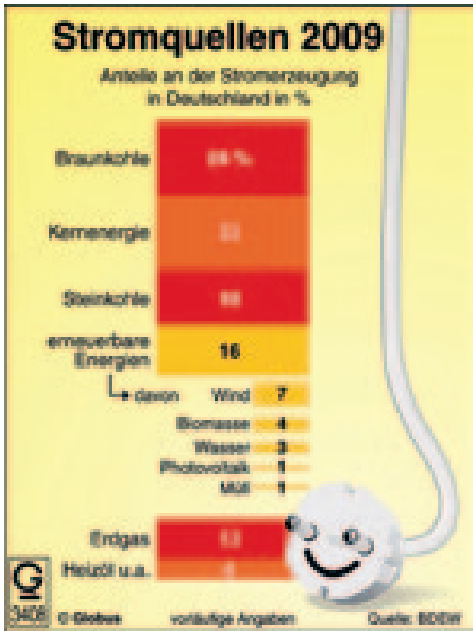


UNTERNEHMEN

26 So entkommen Sie dem Büro-Chaos
Selbst ordnungswillige Naturen wissen oft nicht so recht, wie man die leidige Büroarbeit effizient organisiert. Wichtige Unterlagen sind zwischen Bergen von Briefen, Rechnungen, Notizen und Verträgen kaum aufzufinden. Doch Ordnung ist lernbar

29 Der VW-Bulli wird 60
Wir haben seinen jüngsten Nachfolger, den neuen T5, gestestet und waren begeistert. Ein wahres Hightech-Auto mit dem Komfort und den Ausstattungsmerkmalen der oberen Mittelklasse

37 Fünf häufige Fehler
Eine neue Folge unserer Serie aus dem Firmenalltag



SERVICE

30 Emil Nolde und seine Reisen
Eine Ausstellung in Berlin zeigt zum Teil unveröffentlichte Werke des deutschen-dänischen Malers

30 Mit A-ROSA reisen auf dem Rhein
Flusskreuzfahrten werden immer beliebter. Die Rostocker A-ROSA-Reederei stellte einen weiteren ihrer besonders komfortablen Flusskreuzer in Dienst und setzt voll auf die Best Ager

31 Forderungsmanagement schont Liquidität
Gerade im Mittelstand führt konsequentes Forderungsmanagement oftmals ein Schattendasein. Das kann gefährlich werden

31 Die Fallen des Brieftestaments

32 Recht im Gespräch

33 Aktuelle Urteile

34 Viruswarnung
Die Anatomie eines Computerangriffs

35 Sparkassen – verlässlicher Partner des Mittelstandes

36 Für Sie gelesen – unsere Bücherseite

MIT-INSIDE

37 Gesundheits-Fachtagung in Mainz

38 MIT-Inside
Berichte aus den Gliederungen und Verbänden

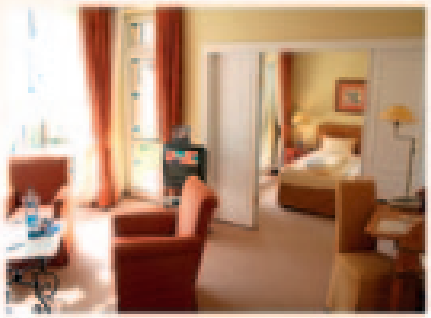
39 MU-Inside

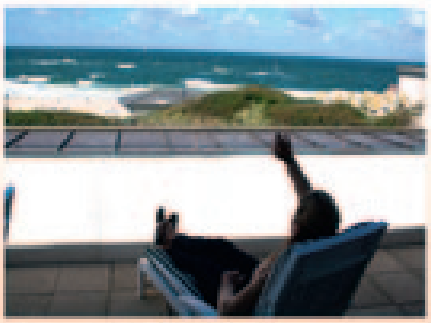
41 Namen sind Nachrichten

42 Baustelle

42 Impressum

STRANDHOTEL
Sylt





WOHNEN IM STRANDHOTEL

- zentral und ruhig gelegen
- in Westerland
- direkt hinter der Düne
- 52 Suiten mit getrenntem Wohn- und Schlafbereich
- tolles Frühstücksbuffet bis 12.00 Uhr
- Tiefgarage im Haus
- kostenfreie Nutzung von Sauna, Dampfbad und Fitnessgeräten
- Solarium und Fitarium gegen Gebühr

SPEISEN AN VIELEN ORTEN

Mehr Mittel für Forschung und Entwicklung

CHINA ÜBERHOLT DEUTSCHLAND BEI DEN PATENTANMELDUNGEN

Foto: Pixopia

Als rohstoffarmes Land ist Deutschland in besonderem Maße auf Innovationen bei Produkten und Dienstleistungen angewiesen, um Wachstum und Wohlstand zu sichern

Die Bundesregierung will beim Bürokratieabbau vorankommen. Im Koalitionsvertrag ist hierzu unter anderem eine deutliche Stärkung und Ausweitung der Prüfkompetenzen des Nationalen Normenkontrollrates vereinbart. Künftig soll es danach nicht mehr nur um die Kosten gehen, die in der Wirtschaft aufgrund von staatlich auferlegten Informationspflichten anfallen. Der Normenkontrollrat soll vielmehr den gesamten sogenannten Erfüllungsaufwand staatlicher Vorgaben untersuchen. Als „Erfüllungsaufwand" gelten die gesamten unmittelbaren finanziellen und zeitlichen Belastungen, die bei Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung dadurch entstehen, dass sie eine Bundesvorschrift befolgen müssen.

Erweiterter Prüfansatz

Die – bisher ausschließlich betrachteten – Bürokratiekosten aufgrund von Informationspflichten sind nur ein Teil dieses Erfüllungsaufwandes. Im Koalitionsvertrag sind beispielhaft einige Bereiche aufgeführt, in denen Verbesserungsmöglichkeiten beim Erfüllungsaufwand identifiziert werden sollen, darunter die Harmonisierung und Verkürzung der Aufbewahrungs-und Prüfungsfristen nach Handels-, Steuer- und Sozialrecht oder auch Erleichterungen bei Anträgen auf gesetzliche Leistungen für Existenzgründer und Kleinunternehmen.

Im internationalen Vergleich betritt Deutschland mit dem erweiterten Prüfansatz Neuland. In mehreren Pilotprojekten sollen deshalb Erfahrungen zur erforderlichen Methodik für die Ermittlung des Erfüllungsaufwandes gesammelt werden. In nächster Zeit soll hierzu beispielsweise ein Pilotprojekt bei einigen gesetzlich vorgeschriebenen betrieblichen Beauftragten starten. Ebenfalls in konkrete Verbesserungen umgesetzt werden sollen zudem die Erfahrungen aus einigen Pilotprojekten im vergangenen Jahr zum Wohngeld, Elterngeld und zum BAföG, bei denen Bund, Länder und Kommunen ebenenübergreifend zusammenarbeiteten.

Auch Bundesrat und Bundestag werden geprüft

Der neue, umfassendere Ansatz beim Bürokratieabbau ist teilweise auch darauf zurückzuführen, dass das bisherige Verfahren vielfach als zu eng kritisiert worden war. Trotz dieses erweiterten Ansatzes soll der Normenkontrollrat Gesetze jedoch auch künftig nicht auf ihre inhaltliche oder politische Zielsetzung hin bewerten. Es soll wie schon bisher bei der Prüfung bleiben, ob die Bürokratiebelastung methodengerecht ermittelt und nachvollziehbar dargestellt wurde. Der Normenkontrollrat soll jedoch eine Reihe von optionalen Prüfungsmöglichkeiten erhalten. So soll er sich – im Sinne besserer Rechtsetzung – auch zu Befristungsmöglichkeiten äußern und prüfen können, ob bei der Umsetzung von europäischem Recht in nationales Recht der „Eins-zu-Eins-Ansatz" befolgt wurde. Geplant ist des Weiteren auch, dass der Normenkontrollrat künftig nicht nur Vorhaben der Bundesregierung, sondern auch Vorschläge des Bundesrates und des Bundestages prüfen kann.

Als rohstoffarmes Land ist Deutschland jedoch in besonderem Maße auf Innovationen bei Produkten und Dienstleistungen angewiesen, um Wachstum und Wohlstand zu sichern. Mittel- bis langfristig wird sich die Wettbewerbsfähigkeit deshalb vor allem an der Qualität und Intensität von Forschung und Entwicklung (FuE)

In der vergangenen Legislaturperiode wurden aufgrund von rund 9.200 untersuchten Informationspflichten Gesamtkosten für die Wirtschaft in Höhe von fast 48 Mrd. Euro ermittelt. Die Bundesregierung liegt bei ihrem Ziel, die Bürokratiekostenbelastung von 2007 bis zum Jahr 2011 um netto 25 Prozent zu reduzieren, gut im Zeitplan: Bereits im vergangenen Jahr waren etwa 15 Prozent des Abbauziels erreicht. Aller Voraussicht nach dürften die nächsten Schritte jedoch ungleich schwieriger als die bisherigen Erfolge zu verwirklichen sein, denn die vergleichsweise einfach zu realisierenden Verbesserungsmöglichkeiten gelten mittlerweile als weitgehend ausgeschöpft.

Für die geplanten Änderungen muss das geltende „Gesetz zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates" novelliert werden. Nach dem derzeitigen Stand der Planungen wollten die Regierungsfraktionen die Gesetzesnovelle noch im April auf den Weg bringen. Das Vorhaben könnte dann im Juli in zweiter Lesung im Bundesrat abgeschlossen werden.

Steuerliche Förderung von FuE

Dass Deutschland bislang die Wirtschafts- und Finanzkrise besser als viele andere Länder überstanden hat, ist unzweifelhaft zu einem guten Teil den Reformen der vergangenen Jahre zu verdanken. Als rohstoffarmes Land ist Deutschland jedoch in besonderem Maße auf Innovationen bei Produkten und Dienstleistungen angewiesen, um Wachstum und Wohlstand zu sichern. Mittel- bis langfristig wird sich die Wettbewerbsfähigkeit deshalb vor allem an der Qualität und Intensität von Forschung und Entwicklung (FuE) entscheiden. In diesem Zusammenhang waren jüngste Meldungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft, dass China inzwischen Deutschland bei der Anzahl der Patentanmeldungen überholt hat, ein deutlicher Warnschuss. Mehr Forschung und Entwicklung tut also not: Besonders breitenwirksame Anreize verspricht sich die Politik von der steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung. Sie soll laut Koalitionsvertrag so ausgestaltet werden, dass von ihr insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zusätzliche Impulse ausgehen. Deren Anteil an Forschung und Entwicklung ist in den vergangenen Jahren zurückgegangen.

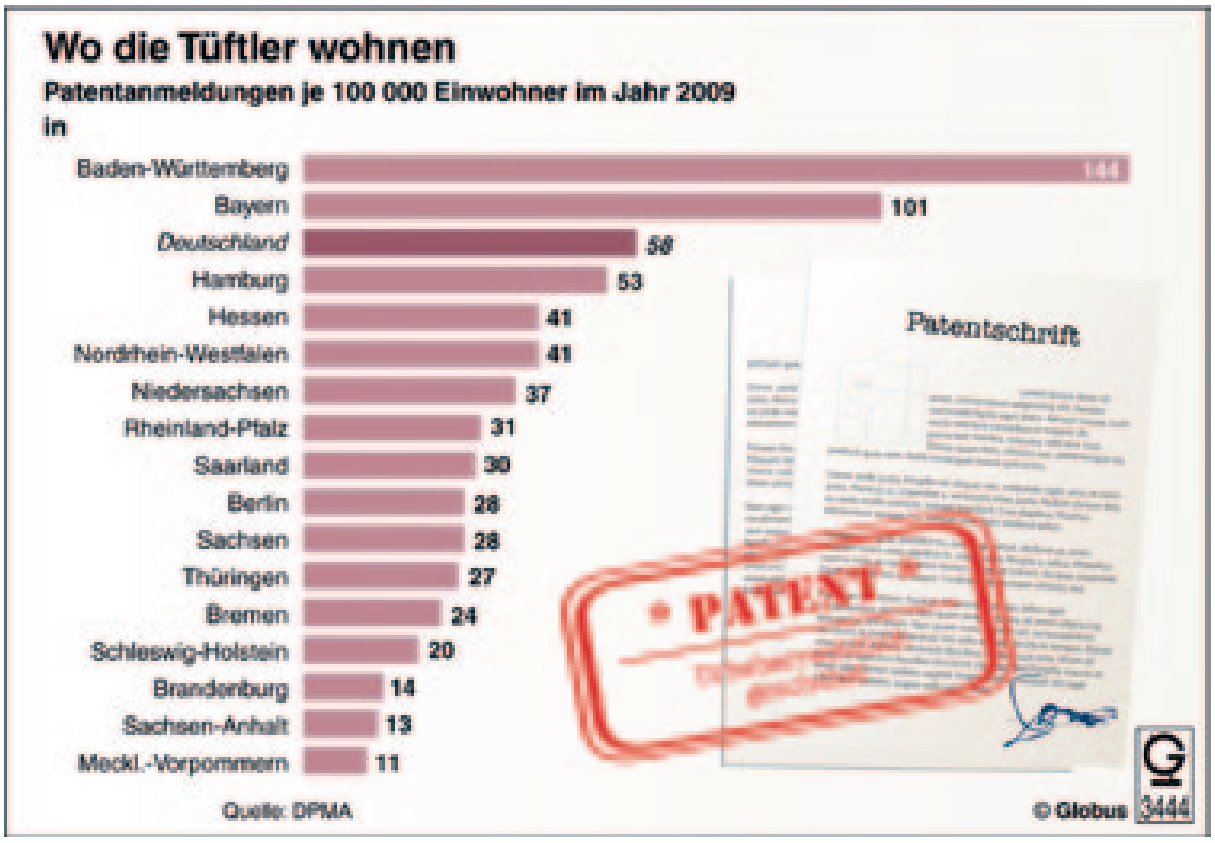
Das Pro und Contra der steuerlichen FuE-Förderung war bereits in der vergangenen Legislaturperiode im Zusammenhang mit der Unterneh-

mensteuerreform 2008 durch eine Arbeitsgruppe der Ministerien eingehend geprüft worden. Skeptiker verweisen mit Blick auf die ohnehin angespannte Lage des Bundeshaushaltes und die Konsolidierungsnotwendigkeiten auf die voraussichtlich hohen Kosten einer solchen Förderung und auf das hohe Risiko von Mitnahmeeffekten. Nachteilig sei auch, dass damit ein weiterer Ausnahmetatbestand im Steuerrecht eingeführt werde. Demgegenüber führen die Befürworter unter anderem die Technologieoffenheit und den unbürokratischen Zugang der Unternehmen zur steuerlichen FuE-Förderung ins Feld. Die steuerliche FuE-Förderung gebe es zudem auch in einer Vielzahl anderer OECD-Staaten, darunter die USA, Japan, Frankreich, Großbritannien und Österreich. Eine entsprechende Initiative auch hierzulande sei insofern ohnehin überfällig, um der ansonsten drohenden Gefahr einer Verlagerung von Forschungsaktivitäten ins Ausland vorzubeugen.

Steuergutschrift auf Personalkosten

Union und FDP erarbeiten derzeit ihre Positionen für das „Wie" des Einstiegs in die steuerliche FuE-Förderung und der konkreten Ausgestaltung. Vieles spricht dafür, dass alle, also auch die bereits laufenden FuE-Aktivitäten berücksichtigt würden, und nicht nur neue bzw. zusätzliche Vorhaben. Da KMU tendenziell personalintensiver als Großunternehmen forschen, käme ihnen die – von der Union angedachte – Steuergutschrift auf die Personalkosten entgegen. KMU könnten nach den Vorstellungen der Union zudem voraussichtlich mit höheren Fördersätzen als Großunternehmen rechnen. Die bislang bekannt gewordenen Vorstellungen der FDP unterscheiden sich von den Vorstellungen der Union in bestimmten Bereichen. So soll nach der Vorstellung der FDP u.a. auch die Vergabe von Forschungsaufträgen an Hochschulen berücksichtigt werden. Auch die von der Union erwogene „Deckelung" der Steuergutschrift stößt bei der FDP auf Vorbehalte. Mehr Einigkeit scheint sich immerhin hinsichtlich des Volumens der Förderung abzuzeichnen: Die Förderung soll auf ca. 1,5 Mrd. Euro begrenzt werden. Die Gegenfinanzierung ist allerdings noch offen, zumal ein entsprechendes „Abschmelzen" der Projektförderung vermieden werden soll. Eine Doppelförderung aus Projektmitteln und steuerlicher Förderung soll jedenfalls ausgeschlossen werden. Noch offen sind derzeit auch die zeitlichen Planungen, insbesondere das Zusammenspiel der steuerlichen FuE-Förderung mit einer anderen Großbaustelle der Koalition: der umfassenden Steuerreform.

Dr. Stephanie Bauer



Genau 47 859 neue Patentanmeldungen aus dem Inland registrierte das Deutsche Patent- und Markenamt (DPMA) im Jahr 2009. Das waren rund 1 400 weniger als im Vorjahr. Die meisten stammten aus Baden-Württemberg (15 532), gefolgt von Bayern (12 641) und Nordrhein-Westfalen (7 408)

INTERVIEW

Die Steuerreform ist und bleibt aktuell

Exklusiv-Interview mit dem finanzpolitischen Sprecher der Union im Deutschen Bundestag, Leo Dautzenberg, MdB

Ist die Bankenabgabe in der jetzigen Situation nicht eine ordnungspolitische Todsünde?

Leo Dautzenberg: Genau das Gegenteil ist richtig! Unser Ziel ist es, Chance und Risiko für Banken wieder zusammenzuführen. Wer ein risikoreiches Geschäft eingeht, soll künftig wieder das Scheitern einkalkulieren müssen. Das ist genau das, was ordnungspolitisch geboten ist. Die Bankenabgabe stellt neben einer umfassenden Regulierung und dem Bankinsolvenzrecht nur einen Teilbereich unseres Maßnahmenpakets dar. Wir wollen sicherstellen, dass künftig nicht der Steuerzahler der erste ist, der bei einer Schieflage in die Pflicht genommen wird, sondern die Branche selbst.

Was sollen denn angesichts der dreistelligen Milliardensummen, die ins Finanzsystem geflossen sind, 1,2 Milliarden bewirken?

Dautzenberg: Die Bankenabgabe verfolgt einen doppelten Zweck: Sie erfasst die Banken nach Risiko. Wer ein größeres Risiko für das Finanzsystem darstellt - beispielsweise weil er größer ist oder risikoreicher investiert – muss mehr zahlen. Andererseits füllen wir damit einen Fonds, um den Steuerzahler bei künftigen Krisen zu entlasten. Damit ist die Bankenabgabe ein wichtiger Baustein unseres Gesamtkonzepts. Die anderen Bausteine sind natürlich nicht weniger wichtig. Deshalb hat die Bundesregierung zuletzt umfassende Eckpunkte beschlossen und wird diesen bis zur Sommerpause konkrete Gesetzentwürfe folgen lassen.

Nach Meinung vieler in der Wirtschaft ist das Thema „Steuerreform" durch die unseligen Diskussionen der letzten Wochen politisch verbrannt...?

Dautzenberg: Die steuerliche Entlastung der Leistungsträger unserer Gesellschaft, insbesondere im unteren und mittleren Einkommensbereich, ist weiterhin ein wichtiges Anliegen der Union. Das gilt inhaltlich genauso wie politisch. Gleiches gilt für die Frage der Steuervereinfachung, die wir intensiv bearbeiten werden. In beidem sind wir uns mit der FDP einig. Damit ist für mich klar: Das Thema Steuerreform ist und bleibt aktuell. Welchen Umfang mögliche Entlastungen annehmen können, wird die Steuerschätzung im Mai zeigen.

Was erwarten Sie denn von der Steuerschätzung Anfang Mai?

Dautzenberg: Auch wenn die Veröffentlichung der Steuerschätzung nicht mehr weit ist, halte ich nicht viel von Spekulationen über deren Inhalt. Ich stehe dazu, dass wir die weiteren Diskussionen über Steuerentlastungen ab Mai auf der Basis der Ergebnisse der Steuerschätzung führen, wie wir es immer angekündigt haben. Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn die deutlichen Signale eines Aufschwungs, die nach dem kalten Winter jetzt überall zu spüren sind, sich auch in der Steuerschätzung widerspiegeln.

Leo Dautzenberg, CDU-MdB aus Nordrhein-Westfalen (Kreis Heinsberg), äußert sich zu aktuellen Finanz- und Steuerfragen

Kommt sie denn, die Steuerreform, wenn ja, wann und wie? Vielleicht in Form der jüngsten Vorschläge der FDP?

Dautzenberg: Selbstverständlich bleiben wir bei den steuerpolitischen Zielsetzungen des Koalitionsvertrags. Dazu gehören eine Tarifreform und Maßnahmen zur Steuervereinfachung. Dass die FDP hinsichtlich des Umfangs möglicher Steuersenkungen mittlerweile mehr und mehr die Realität zur Kenntnis nimmt, wird nicht von Schaden sein. Die FDP hat darüber hinaus nun weitere eigene Vorschläge vorgelegt, die wir diskutieren werden.

Im Koalitionsvertrag ist vom „Kurs der Sparsamkeit und verlässlichen Konsolidierung" die Rede. Wie steht es denn damit?

Dautzenberg: Wir haben im Koalitionsvertrag die Goldenen Regeln festgeschrieben. Außerdem hat die Union in der Föderalismuskommission die Schuldenbremse im Grundgesetz durchgesetzt. Mit diesen Maßnahmen haben wir eine starke und glaubwürdige Grundlage für den notwendigen Konsolidierungskurs geschaffen. Ich glaube unser Finanzminister Wolfgang Schäuble ist mit seiner Erfahrung genau der richtige Mann, um diese Grundsatzentscheidungen politisch auch umzusetzen und Kurs zu halten.

Sie kommen aus NRW, waren lange im dortigen Landtag. Wie lautet denn Ihre Prognose für den Wahlausgang am 9. Mai?

Dautzenberg: Ich bin optimistisch, dass wir für die amtierende Koalition im Endspurt noch einen deutlichen Aufwärtstrend erreichen können. Im Wahlkreis und an der Basis kann ich spüren, dass alle mit voller Energie bei der Sache sind. Ich bin mir sicher, dass Jürgen Rüttgers von den Wählern in NRW den Auftrag erhält, seine überaus erfolgreiche Politik fortzuführen.

1&1 BRANCHEN-HOMEPAGE

FIRMEN-H
KOSTENLO

MEMBER OF united internet

* 14 ct/Min. dt. Festnetz, Mobilfunk höchstens 42 ct/Min.

OMEPAGE
S TESTEN!

1&1 BRANCHEN-HOMEPAGE

- Hochwertige Design-Vorlagen mit Seitenstrukturen, Bildern und Texten für über 100 Branchen
- Ganz einfach online individualisierbar
- Kein Software-Download, keine Programmierkenntnisse nötig
- Beliebige Seitenanzahl, beliebige Datenmenge (Speicherplatz, Traffic)
- Viele nützliche Funktionen wie Anfahrtsplaner, Gästebuch u.v.m.
- Eigene Internet-Adresse (Wahl aus .de, .com, .net, .org, .eu, .biz, .info) sowie 200 E-Mail-Adressen inklusive

FÜR ÜBER 100 BRANCHEN

JETZT KOSTENLOS TESTEN

ab **9,99** €/Monat inkl. MwSt.

30 Tage kostenlos testen,
danach 12 Monate Mindestvertragslaufzeit,
4 Wochen Kündigungsfrist

1&1

Jetzt informieren und bestellen: 0180 5 / 001 535* **www.1und1.info**

DIE ZUKUNFT FÄHRT ELEKTRISCH

Leitmarkt und Leitanbieter für Elektromobilität

Es ist schon erstaunlich: Noch vor zwei, drei Jahren war Elektromobilität eine Randerscheinung, ein Thema für überzeugte Professoren, unverbesserliche Ökos und visionäre Mobilisten. Eine Finanz- und Wirtschaftskrise später hat sich das Bild fundamental gewandelt. Elektromobilität gilt als Sinnbild, wie sich klassische Industrien wie der Automobilsektor wandeln müssen, um zukunftsfähig zu bleiben. Inzwischen gehen die meisten davon aus, dass die Mobilität der Zukunft elektrisch ist. Dafür sprechen die Markteinschätzungen von Automobilexperten, Unternehmensberatungen und Herstellern. Bei Nutzung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen leistet Elektromobilität einen großen Beitrag zum Klimaschutz, zur Reduzierung der Schadstoff- und Lärmemissionen sowie zur Speicherung von Stromspitzen aus regenerativen Energien.

Vieles in Bewegung

Aktuell ist vieles in Bewegung. Die deutschen Automobilhersteller entwickeln mit Hochdruck komplett neue Fahrzeugtypen, die in wenigen Jahren auf den Markt kommen. Die Nutzfahrzeughersteller testen effiziente Hybridantriebe, die Energieversorger konzipieren die notwendige Veränderung an der Netzinfrastruktur. Kleine Ingenieurbetriebe entwickeln innovative Lösungen für Komponenten, Fahrzeug-, Kommunikationskonzepte, Verkehrsbetriebe testen Hybridbusse und verschiedene Forschungsinstitute widmen sich mit Hochdruck offenen Fragen und Unbekannten. In den acht deutschen Modellregionen werden schließlich Dutzende Feldversuche durchgeführt – weitere sind in Planung.

Die CSU begrüßt und unterstützt all diese Anstrengungen, denn gerade Bayern ist dazu verdammt, als einer der weltweit führenden Automobilstandorte mit vielfältigen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, namhaften Zulieferern und großen Herstellern – insgesamt verbunden mit zehntausenden Arbeitsplätzen – bei diesem Megatrend von Anfang an an vorderster Stelle dabei sein. Unabhängig davon, ob man an die Zukunft von Elektromobilität glaubt oder nicht: Wir können es uns gar nicht leisten, nicht mit dabei zu sein.

Funktionsfähiger Leitmarkt

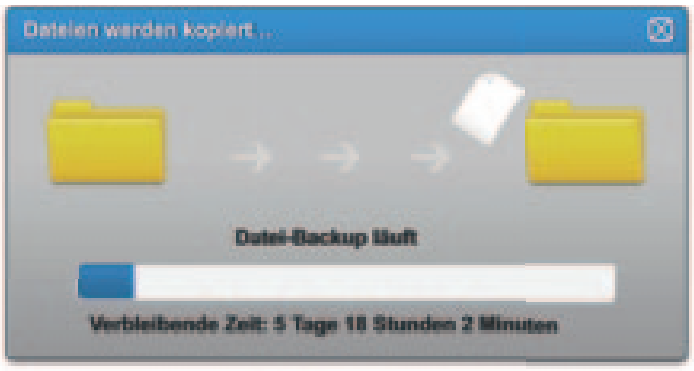
Was braucht es nun, um Leitanbieterregion sein zu können? Zunächst einmal ist festzuhalten, dass Bayerns Ausbildungs-, Forschungs- und Wirtschaftsstruktur alle grundlegenden Voraussetzungen erfüllt, um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen. Es muss nun darum gehen, die verschiedenen Akteure – auf Basis eines Masterplans und im Rahmen der bayerischen Clusterstrategie – so zu orchestrieren, dass alle an einem Strang ziehen. Und schließlich ist auch an die Anpassung der universitären und gewerblichen Ausbildung an die neuen Berufsbilder zu denken, denn Elektroautos sind ein völlig anderes Fahrzeugkonzept, das neue Anforderungen an den Umgang stellt.

Markus Blume ist seit 2008 Mitglied des bayerischen Landtags. Er war Landesvorsitzender des RCDS in Bayern, ist Vorstand eines mittelständischen Unternehmens und seit 2009 Mitglied im Landesvorstand der MU

Damit eine Region als Leitanbieter erfolgreich sein kann, geht man davon aus, dass es auch einen funktionsfähigen Leitmarkt braucht. Auch da hat Bayern vor allem mit den beiden Metropolregionen München und Nürnberg gute Startbedingungen, gibt es hier aufgrund der Kaufkraft doch viele, die als „early adaptors", also als experimentierfreudige Erstkäufer, in Frage kommen. Das ist freilich auch wichtig, denn die erste Welle der Elektromobilität ab 2013/2014 muss bereits ein kommerzieller Erfolg werden. Besonders an dieser Stelle ist die Politik gefordert, die richtigen Leitplanken zu setzen, und zwar mit intelligenten und passgenauen Anreizen. Es ist eben gerade nicht so – das zeigen Studien u.a. von McKinsey – , dass die Kaufentscheidung für ein Elektroauto alleine vom finanziellen Anreiz oder der Menge der Ladesäulen im öffentlichen Raum abhängt. Viel wichtiger ist zumindest am Anfang, dass das Laden daheim und beim Arbeitgeber verlässlich klappt.

Zero emission

Die Politik auf Bundes- und Landesebene ist deshalb gut beraten, zunächst Konzepte zu entwickeln, wo und wie sich Elektromobilität sinnvoll fördern lässt, insbesondere auch mit Blick auf den städtischen Verteilerverkehr und intermodalen Verkehr. Sowohl hinsichtlich der Infrastruktur als auch mit Blick auf mögliche Kaufanreize für Endkunden sollten hochwirksame qualitative Anreize verfolgt werden, die rein regulatorisch wirken und maximal geringe Haushaltswirkung besitzen, wie z.B. das Kenntlichmachen von Elektrofahrzeugen als solche durch besondere Umweltplaketten und Nummernschilder. Man möchte ja schließlich auch erkannt und bewundert werden, dass man mit „zero emission" fährt.



Schnellere Backups. Mit einem Server von Dell.

Gehören zeitraubende Datensicherungen mittlerweile zu Ihrem Tagesablauf? Automatisieren Sie tägliche Aufgaben mit einem Dell PowerEdge Server mit Intel® Xeon® Prozessor und Windows Server® 2008 R2 Foundation , und sparen Sie wertvolle Zeit. Dabei sind die installations- und wartungsfreundlichen PowerEdge Modelle nicht einmal unbedingt teurer als ein Desktop. Statt nur die Sicherheit Ihres Unternehmens im Blick zu haben, können Sie sich nun stärker auf sein Wachstum konzentrieren.

8 Gründe für ein Upgrade **www.dell.de/FIRSTSERVER**

Windows Server 2008 Foundation

Sparen Sie 275 €

PowerEdge™ T110

Ihr idealer erster Server

699 € zzgl. MwSt. Gratis Versand

831 € inkl. MwSt.

E-VALUE code: PE1T110RFS
Angebot gültig bis zum 30.04.2010

- Intel® Xeon® Prozessor X3440 (2.53 GHz, 8MB Cache)
- Windows Server 2008 R2 Foundation Edition
- 2GB RAM (2x1GB), DDR3, 1333MHz
- 250GB 7.2K U/min, SATA Festplatte
- 3 Jahre Support - Am nächsten Arbeitstag

Rufen Sie uns an für ein Server-Angebot: 0800 268 33 55

Angebot gültig bis zum 14.05.2010

Celeron, Celeron Inside, Centrino, Centrino Inside, Core Inside, Intel, Intel Logo, Intel Atom, Intel Atom Inside, Intel Core, Intel Inside, Intel Inside Logo, Intel Viiv, Intel vPro, Itanium, Itanium Inside, Pentium, Pentium Inside, Viiv Inside, vPro Inside, Xeon, und Xeon Inside sind Marken der Intel Corporation in den USA und anderen Ländern. Weitere in diesem Dokument verwendete Marken und Handelsnamen beziehen sich auf die jeweiligen Eigentümer oder deren Produkte. Dell Datenschutz: Wenn Sie Fragen oder Anmerkungen zum Datenschutz Ihrer Daten haben, kontaktieren Sie uns bitte unter der folgenden Adresse: Dell Datenschutz-Beauftragter, Dell, Postfach 2044, 36243 Niederaula, Germany oder per Email dellprivacyde@dawleys.com. Diese werblichen Inhalte gelten nur für Geschäftskunden. Preise sind nicht rabattierfähig nach Rahmenverträgen und nicht mit anderen Angeboten kombinierbar. Es gelten die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Dell GmbH. Änderungen, Druckfehler und Irrtümer vorbehalten. Kundendaten unterliegen der elektronischen Datenverarbeitung. Produkte können von Abbildungen abweichen. Preise inklusive Mehrwertsteuer sind auf volle Euro aufgerundet Dell GmbH, Unterschweinstiege 10, 60549 Frankfurt am Main. Geschäftsführer: Dorothee Stolzenberg, Mark Möbius, Vorsitzender des Aufsichtsrates: Michael J. Kenney Eingetragen beim AG Frankfurt am Main unter HRB 75453, USt.-ID: 113 541 138, WEEE-Reg.-Nr.: DE 49515708.

intel Xeon inside™

Leistungsstark. Intelligent.

Steuern sparen mit Bert Rürup

Foto: Pixopia

Der große Durchbruch blieb der Rürup-Rente bisher versagt. **Vor allem für Selbstständige ist sie nicht ohne Tücken**

Selbstständige haben nur wenige Möglichkeiten, ihre Altersvorsorge vom Staat fördern zu lassen. Die Rürup-Rente ist eine davon - doch das Produkt hat seine Tücken.

Seit fünf Jahren gibt es sie: Die Basisrente, nach ihrem Erfinder auch Rürup-Rente genannt. Im Gegensatz zum Ex-Minister Walter Riester hat sich der Wirtschaftswissenschaftler mit seinem Konzept allerdings noch nicht so recht durchsetzen können. Während das Riestern inzwischen zum Volkssport geworden ist, ist das „Rürupen" doch eher eine Randerscheinung: Rund 855.000 Rürup-Verträge gibt es nach Angaben des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft derzeit in Deutschland, knapp 1,8 Milliarden Euro zahlen die Versicherten dafür jedes Jahr an Beiträgen ein.

Steuervorteile prüfen

Der große Pluspunkt der Basisrente: Unternehmer können die Einzahlungen von der Steuer absetzen. Rürup-willige sollten allerdings zunächst prüfen, ob sie vielleicht doch Riester-berechtigt sind. Selbstständige, bei denen der Ehepartner sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist oder die z. B. als Handwerker oder Grafiker pflichtversichert sind, dürfen nämlich riestern. Für viele Unternehmer ist Rürup derzeit jedoch die einzige Chance auf staatliche Förderung bei der Altersvorsorge.

Dann gilt: Wer beispielsweise 300 Euro pro Monat in einen Rürup-Vertrag steckt, also 3.600 Euro im Jahr, zahlt davon in diesem Jahr 70 Prozent (2.520 Euro) steuerfrei. Das bringt bei einem Steuersatz von 42 Prozent einen Steuervorteil von 1.058 Euro, bei einem Steuersatz von 35 Prozent immerhin noch 882 Euro. Zahlt man das Maximum von 20.000 Euro pro Jahr (Ehepaare 40.000 Euro) ein, kann man dem Fiskus davon sogar 14.000 Euro (Ehepaare 28.000 Euro) aufs Auge drücken. Bei einem Steuersatz von 42 Prozent bringt das eine Steuerersparnis von rund 5.880 (11.760) Euro, bei einem Steuersatz von 35 Prozent noch 4.900 (9.800) Euro. In den nächsten Jahren steigt der

steuerfreie Anteil kontinuierlich weiter an, bis im Jahr 2025 100 Prozent erreicht sind *(siehe Tabelle)*.

Das klingt gut, vor allem, wenn man derzeit den Spitzensteuersatz zahlt. Doch gratis gibt es die Steuergeschenke natürlich nicht. Bei der späteren Rente hält das Finanzamt nämlich die Hand auf. Das kann durchaus ein Vorteil sein, wenn man als Rentner einen niedrigeren Steuersatz als heute hat. „Man sollte jedoch genau überlegen, ob das eigene Einkommen und damit die Steuerbelastung im Alter wirklich so deutlich sinken. Oft sind nämlich nennenswerte Kapitalerträge zu erwarten, etwa durch Erbschaften oder nach dem Verkauf der Firma “, gibt Nauhauser zu bedenken. „Außerdem weiß niemand genau, wie sich die Steuergesetzgebung in den nächsten Jahren entwickelt.“

Steuerpflichtige Rente

Die oft beworbene Steuerfreiheit ist also in Wirklichkeit nur eine Verschiebung der Steuerzahlung in die Zukunft. Welcher Anteil der Rente dann überhaupt zu versteuern ist, hängt vom Jahr des Renteneintritts ab: Wer sich 2010 in den Ruhestand verabschiedet hat, muss 60 Prozent seiner Rente versteuern, im nächsten Jahr sind es schon 62 Prozent. Fließt die erste Rentenzahlung erst im Jahr 2040, muss man sie komplett versteuern *(siehe Tabelle)*.

Der Haken daran: „Jüngere Rürup-Sparer ab Jahrgang 1973 können in der Einzahlungsphase nicht den gesamten Beitrag geltend machen, ihre Rente ist im Alter aber voll steuerpflichtig. Ein Teil des Kapitals wird also doppelt besteuert“, erklärt Niels Nauhauser. Ältere Unternehmer dagegen können von dieser Diskrepanz profitieren: Wer jetzt in Rente geht und vorher noch einen Einmalbeitrag in einen Rürup-Vertrag einzahlt, kann 70 Prozent der Summe beim Finanzamt geltend machen, versteuert aber nur 60 Prozent seiner Rente.

DIE RÜRUP-RENTE

Die Grundidee des Rürup-Vertrages entspricht dem Konzept der staatlichen Rentenversicherung: Es gibt keine Einmalauszahlung, sondern frühestens ab dem 60. Lebensjahr eine Rente, die lebenslang gezahlt wird. Stirbt man vor Renteneintritt, ist das Geld weg. Genau wie bei der staatlichen Rente ist das eingezahlte Kapital auch nicht vererbbar, nicht übertragbar und kann nicht - zum Beispiel für den Kauf einer Immobilie - beliehen werden. „Die Rürup-Rente ist sehr unflexibel,“, sagt Niels Nauhauser von der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg dazu. „Gerade für Unternehmer ist das häufig nicht bedarfsgerecht. Selbständige können ihre finanziellen Verhältnisse oft nicht langfristig voraussehen und möchten deshalb auf ihr Vermögen zugreifen können.“

Absetzbarkeit und spätere Steuerpflicht

Jahr	steuerlich absetzbarer Anteil (von max. 20.000 Euro/Jahr, Ehepaare 40.000 Euro/Jahr)	zu versteuernder Rentenanteil beim Renteneintritt im Jahr...
2010	70 %	60 %
2011	72 %	62 %
2012	74 %	64 %
2013	76 %	66 %
2014	78 %	68 %
2015	80 %	70 %
2016	82 %	72 %
2017	84 %	74 %
2018	86 %	76 %
2019	88 %	78 %
2020	90 %	80 %
2021	92 %	81 %
2022	94 %	82 %
2023	96 %	83 %
2024	98 %	84 %
2025	100 %	85 %
2026	100 %	86 %
2027	100 %	87 %
2028	100 %	88 %
2029	100 %	89 %
2030	100 %	90 %
2031	100 %	91 %
2032	100 %	92 %
2033	100 %	93 %
2034	100 %	94 %
2035	100 %	95 %
2036	100 %	96 %
2037	100 %	97 %
2038	100 %	98 %
2039	100 %	99 %
ab 2040	100 %	100 %

Verschiedene Rürup-Angebote

Rürup-willige können zwischen verschiedenen Angeboten wählen: Für alle, die auf das Potenzial der Börse hoffen, sind Rürup-Fondssparpläne eine Überlegung wert. Derzeit gibt es aber nur wenige Anbieter auf dem Markt. Wie immer ist die Chance auf eine höhere Rendite mit einem höheren Risko verbunden: Wenn die Börsen schwächeln, kann ein solcher Fondssparplan ins Minus rutschen. Manche Anbieter arbeiten deshalb mit Umschichtungskonzepten oder Garantien, die das Vermögen des Kunden auch in bewegten Zeiten sichern sollen. Das kostet natürlich Geld und drückt damit die Rendite.

Die meisten Rürup-Sparer setzen auf Versicherungen. Die klassische Variante funktioniert wie eine normale Rentenversicherung: Sie bietet eine garantierte gesetzliche Mindestverzinsung von derzeit 2,25 Prozent auf das eingezahlte Kapital. Dazu kommt eine nicht garantierte Überschussbeteiligung, deren Höhe vom Anlagegeschick des Versicherers abhängt.

Bei der fondsgebundenen Variante gibt es jedoch gar keine Mindestverzinsung, weil die Beiträge - genau wie bei jeder anderen fondsgebundenen Rentenversicherung - in Fonds investiert werden. Ohne (teure) Garantievereinbarungen kann ein solcher Vertrag bei Börsenturbulenzen auch ins Minus rutschen. Beide Versicherungen gibt es auch als Varianten mit Einmalzahlung.

Verträge nicht koppeln

Manche Anbieter koppeln die Basisrente auch mit einer Berufsunfähigkeits-Versicherung. Der Vorteil: Unternehmer können so das Finanzamt an der Absicherung ihrer Arbeitskraft beteiligen. Natürlich mindern die Kosten für den Berufsunfähigkeits-Schutz das angesparte Kapital. „Wenn man aus irgendwelchen Gründen die Beiträge für einen solchen Rürup-Vertrag nicht mehr zahlen kann, verliert man mit der Beitragsfreistellung in der Regel auch den gesamten Versicherungsschutz“, warnt Nauhauser. „Die Berufsunfähigkeitsversicherung ist eine der wichtigsten Versicherungen für alle, die auf ihre Arbeitskraft angewiesen sind. Man sollte beide Verträge trennen, damit man bei finanziellen Engpässen wenigstens die Berufsunfähigkeits-Versicherung weiterführen kann.“

Wie viel Rendite ist letztlich wirklich drin bei der Rürup-Rente? „Die Versicherer kalkulieren bei allen Rentenversicherungen mit hohen Lebenserwartungen“, so Nauhauser. „Im Durchschnitt muss man über 90 Jahre alt werden, bevor sich ein Vertrag rechnet. Bei teuren Versicherern sind es sogar einige Jahre mehr.“ Die genaue Rendite der Basisrente hängt aber nicht nur vom tatsächlich erreichten Lebensalter, sondern auch vom aktuellen Steuersatz, der tatsächlichen Steuerbelastung im Alter und dem Anlageerfolg des Versicherungsunternehmens ab. Wer jetzt schon kaum Steuern zahlt, dem nützt die Steuerfreiheit nur wenig. Und wenn der Versicherer in Zukunft nur mäßige Überschüsse erwirtschaftet, schmilzt die Rendite wie Schnee in der Sonne. Ein und derselbe Vertrag wird am Ende also höchst unterschiedlich bewertet werden, je nachdem, wie sich die verschiedenen Faktoren wirklich entwickeln. Bei einem heute 60-jährigen Mann kann die tatsächlich erreichte Rendite desselben Vertrages -4,7 Prozent aber auch +7,8 Prozent betragen, hat Nauhauser ausgerechnet *(siehe Tabelle)*.

Silke Becker

Tabelle: Rendite Basisrente

Lohnt sich die Rürup-Rente für Selbständige?	Grenzsteuersatz bis Rentenbeginn	Grenzsteuersatz bei Rentenbeginn	Lebenserwartung in Jahren	Rendite: garantierte Höhe / Prognose
Ausgangssituation: 60-jähriger Mann	42 %	30 %	89	2,8 %; 5,3 %
1. Keine Steuern im Alter	42 %	0 %	89	5,1 %; 7,8 %
2. Konstanter Steuersatz im Alter	42 %	42 %	89	1,8 %; 4,2 %
3. Früher Tod (mit 75 Jahren)	42 %	30 %	75	– 4,7 %; –1,1 %
4. Durchschnittslebenserwartung 65-jähriger Männer lt. Sterbetafel Statistisches Bundesamt: 83 Jahre	42 %	30 %	83	1,1 %; 3,9 %
5. Später Tod (mit 95 Jahren)	42 %	30 %	95	3,8 %; 6,0 %

Quelle: Werner Bareis /Niels Nauhauser: Lexikon der Finanzirrtümer (2008) mit freundlicher Genehmigung der Autoren

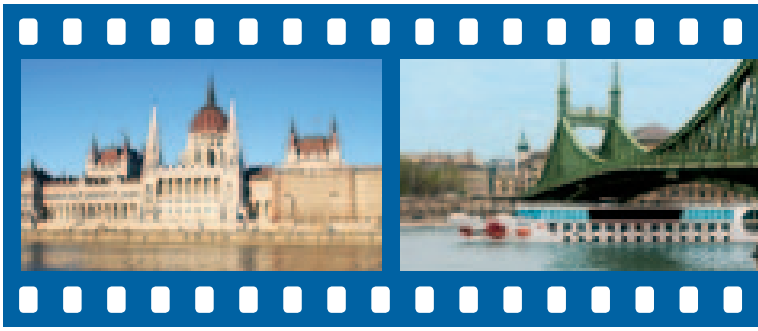
Leserreisen

Die Welt erleben

Auf Schienen durch die Schweizer Berge
13. – 18.07.2010

Mit dem legendären Sonderzug TEE RHEINGOLD fahren Sie in die Schweizer Alpen, wo Sie die schönsten Bahnstrecken der eidgenössischen Bergwelt mit den weltberühmten Schmalspurbahnen GLACIER- und BERNINA-EXPRESS erkunden. Durch die Panoramafenster eröffnet sich ein herrlicher Rundblick auf die mächtigen Drei- und Viertausender der malerischen Umgebung, unter ihnen das Matterhorn, der „Löwe von Zermatt".

Preis pro Person, Doppelzimmer	1.399 Euro
Preis pro Person, Einzelzimmer	1.499 Euro



Großstadtflair an den Ufern der Donau
25.09. – 02.10.2010

Malerische Naturschönheiten und die Faszination pulsierender Großstädte verbinden sich auf dieser Donau-Kreuzfahrt von Passau nach Budapest und zurück auf einmalige Weise. In Begleitung eines Fernsehteams der beliebten Unterhaltungssendung „Kaffee oder Tee?" des SWR passiert Ihr Flussschiff A-ROSA DONNA auf seinem Weg über Bratislava, Esztergom und Wien romantische Flusslandschaften von außergewöhnlicher Vielfalt.

Preis pro Person, 2-Bett-Kabine außen	1.379 Euro
Preis pro Person, 2-Bett-Kabine mit franz. Balkon	1.849 Euro

In Warschau auf den Spuren Chopins
20. – 24.10.2010

Er zählt zu den bedeutendsten Komponisten der Musikgeschichte und wird noch heute als Nationalheld Polens verehrt: Frédéric François Chopin. Bei dieser Reise in die polnische Hauptstadt wandeln Sie auf den Spuren des Genies. Mit einem aufwändigen Programm zelebriert Polen im Jahr 2010 den 200. Geburtstag Chopins. Dessen Heimat Warschau bietet dazu das adäquate Ambiente. Spüren Sie der Kraft von Chopins Kompositionen an historischen Orten nach.

Preis pro Person, Doppelzimmer	1.449 Euro
Preis pro Person, Einzelzimmer	1.669 Euro

Patagoniens Wunder der Natur
29.10. – 12.11.2010

Mächtige Gletscher und tiefblaue Seen, koloniale Bauten und idyllische Weingüter – landschaftlich wie kulturell wartet diese Rundreise durch Chile und Argentinien mit einer Vielfalt an Impressionen auf. Wie in einem Bilderbuch offenbart sich die einmalige Natur Patagoniens und der Pampa, erstrahlt die beeindruckende Architektur von Santiago de Chile und der pulsierenden Metropole Buenos Aires, einer der schönsten Städte der Welt.

Preis pro Person, Doppelzimmer	4.995 Euro
Preis pro Person, Einzelzimmer	6.449 Euro

Gerne senden wir Ihnen kostenlos und unverbindlich unseren ausführlichen Prospekt zu.
Rufen Sie noch heute an! **Ihre Leserreisen-Hotline: 04 21 - 322 68 80**
Montag bis Freitag von 8.00 bis 20.00 Uhr und Samstag von 8.00 bis 14.00 Uhr

TUI Leisure Travel Special Tours
Wachtstraße 17-24
28195 Bremen
Fax 04 21 - 3 22 68 38

Familie Böcker hat die Übertragung ihres Unternehmens auf den Sohn geschafft – aber einfach war's nicht

Von Silke Becker

„Wir sind stolz auf unseren Sohn“

Eigentlich war die Sache klar: Maik Böcker wollte Musicalstar werden, sein Bruder Ingo die elterliche Altstadt-Optik in Hattingen (NRW) übernehmen. Doch dann kam alles ganz anders als geplant.

„Wir sind Optiker in der dritten Generation und als Kind war mein Berufswunsch selbstverständlich Augenoptiker“, erinnert sich Maik Böcker. Der Besuch eines Musicals änderte die Meinung des damals 14-Jährigen. „Danach wollte ich unbedingt Musicaldarsteller werden.“ Er begann zu trainieren, nach dem Abitur absolvierte er eine Tanz- und Gesangsausbildung und gewann sogar ein Stipendium an der Tanzakademie in Chicago. „Nebenher“ machte er noch eine Ausbildung zum Augenoptiker. „Meine Eltern wollten, dass ich etwas Seriöses lerne“, schmunzelt der 39-jährige Unternehmer. Tagsüber Ausbildung, abends Training - so sah sein Alltag damals aus. Vier Tage nach der Gesellenprüfung flog Maik Böcker nach Chicago.

Alles wie geplant

Zu Hause in Hattingen lief derweil zunächst alles wie geplant: Bruder Ingo machte seinen Meister, stieg ins elterliche Geschäft ein. „Nach zwei Jahren hat Ingo ein Angebot aus der augenoptischen Industrie bekommen, das man einfach nicht ablehnen konnte“, sagt Vater Frank Böcker. „Wir waren natürlich sehr enttäuscht und traurig, dass er das Unternehmen nicht weiterführen wollte, hätten es aber genauso gemacht.“ Die Eltern stellten schweren Herzens einen Geschäftsführer ein.

Sohn Maik hatte seine Bühnenambitionen - trotz erster Erfolge - inzwischen wieder aufgegeben. „Ich hatte den Schwerpunkt Gesang, das ist im Musical natürlich auf Englisch. Durch meinen deutschen Akzent waren die Perspektiven einfach zu schlecht. Ich wollte nicht als brotloser Künstler enden“, erzählt Maik Böcker, zwischenzeitlich Inhaber einer kleinen Event-Marketing-Agentur sowie einer Firma, die Brillengläser veredelt.

Angst vor Fehlern des Juniors

Der eingestellte Geschäftsführer im elterlichen Geschäft war der Aufgabe jedoch nicht gewachsen. Auch sein Nachfolger machte es nicht besser. Das Ehepaar Böcker dachte an Verkauf. „Zu diesem Zeitpunkt lag es für mich nahe, die Altstadt-Optik zu übernehmen“, so Maik Böcker. Eine einfache Lösung - scheinbar. „Einerseits waren wir sehr erleichtert, dass die Firma nun doch in der Familie bleiben konnte. Andererseits hatten wir Bedenken, ob er das überhaupt schaffen kann, denn er hatte ja noch die anderen Firmen“, sagt Frank Böcker. „Außerdem waren wir unsicher, ob sein kaufmännisches Wissen ausreicht.“ Maik Böcker absolvierte deshalb noch Betriebwirtschafts-Kurse an der Universität St. Gallen. „Wir hatten trotzdem Angst, dass er vielleicht Fehler macht, die teuer werden können, denn die Firma ist ja unsere Alterssicherung“, erinnert sich Mutter Liesel Böcker. „Maik plante damals beispielsweise, eventuell nach München zu gehen und das Geschäft von dort aus zu führen - so etwas konnten wir uns überhaupt nicht vorstellen.“ Dazu kam die komplizierte steuerliche und juristische Situation. Und natürlich war da noch Bruder Ingo, dessen Interessen ebenfalls berücksichtigt werden müssen. „Das waren viele Abende mit unglaublich langwierigen Diskussionen“, erzählt Maik Böcker. „Jedesmal, wenn wir eine Lösung gefunden hatten, gab es neue rechtliche Probleme.“

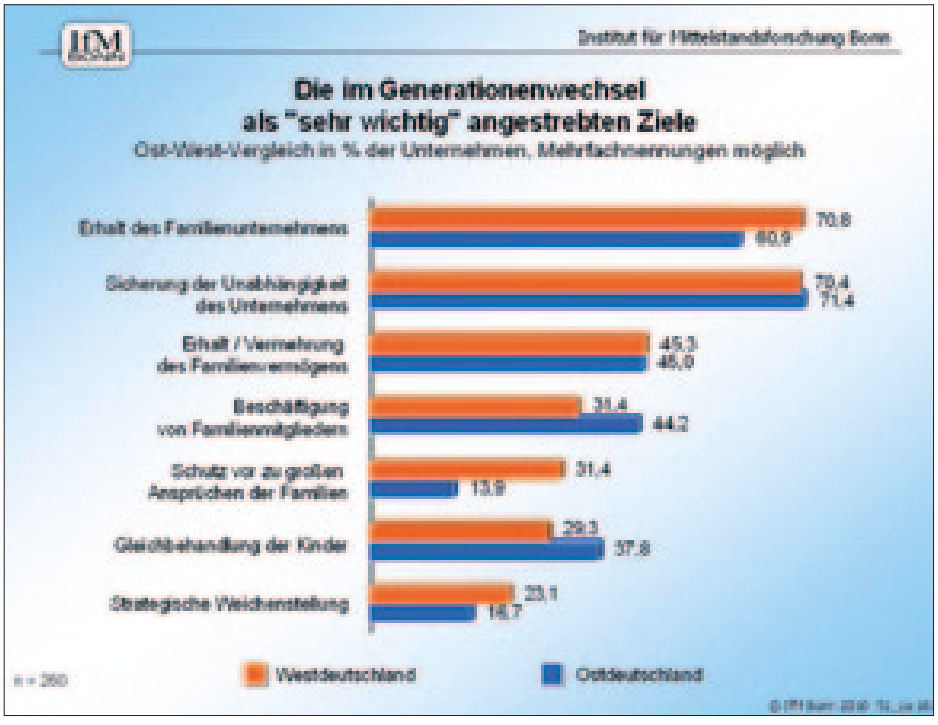
Stimmung auf dem Gefrierpunkt

Der Alltag im Geschäft lief ebenfalls nicht immer reibungslos. „Unser Sohn delegiert viel mehr als wir und arbeitet sehr viel am Computer, das ist einfach ein ganz anderer Arbeitsstil“, sagt Liesel Böcker. „Wir mussten beim Zusehen oft die Zähne zusammenbeißen.“ Auch für Sohn Maik war es nicht immer einfach. „Beispielsweise haben die Mitarbeiter mich etwas gefragt und mein Vater hat darauf geantwortet, oder bei Verhandlungen mit Lieferanten hat er mich nur als Sohn vorgestellt, nicht als Geschäftsführer.“ Immer neue Konflikte ließen die Stimmung in der sonst so harmonischen Familie auf den Gefrierpunkt fallen, die Situation war festgefahren. „Es gab Zeiten, da wäre der Verkauf für uns einfacher gewesen“, meint Liesel Böcker.

Durchhaltevermögen und der Wille, das Unternehmen in der Familie zu halten, ließen die Böckers trotz aller Diskussionen weitermachen. Durch einen Zufall entstand der Kontakt zu einem erfahrenen Steuer- und Wirtschaftsberater, der die notwendigen rechtlichen Lösungsvorschläge ausarbeiten konnte. Allmählich wurde das Licht am Ende des Tunnels sichtbar. Nach insgesamt drei Jahren intensivster oft zäher und ergebnisloser Debatten war die Übergabe endlich unter Dach und Fach.

Alle sind zufrieden

„Ich wollte zu schnell zu viele Dinge verändern und habe anfangs einfach unterschätzt, was meine Eltern alles geleistet haben. Ich habe erst nach und nach gemerkt, wie viel Respekt sich meine Eltern in der Branche



Quelle: ifm-Grafik, Frank Wallau

erarbeitet haben. Für mich war das immer selbstverständlich, ich kannte es ja nicht anders," meint Maik Böcker heute. Das Familienleben hat sich inzwischen wieder normalisiert, alle sind zufrieden, dass das Unternehmen in der Familie bleibt. Die Firmengründer genießen ihren Ruhestand und verbringen viel Zeit im sonnigen Thailand. „Inzwischen bin ich froh, dass ich den Schlusstrich gezogen habe, auch wenn das nicht einfach war," sagt Frank Böcker. „Wir sind stolz auf unseren Sohn und finden es gut, wie er das Unternehmen führt, auch wenn wir selbst es anders machen würden."

Tipp:

Eine informative Broschüre des Bundeswirtschaftsministeriums zum Thema Nachfolge finden Sie unter:

http://www.existenzgruender.de/imperia/md/content/pdf/publikationen/broschueren/unternehmensnachfolge.pdf

HÄUFIGE ARGUMENTE DES SENIORS

Das rät Rechtsanwalt Dr. Erich Jedelhauser bei typischen Bedenken

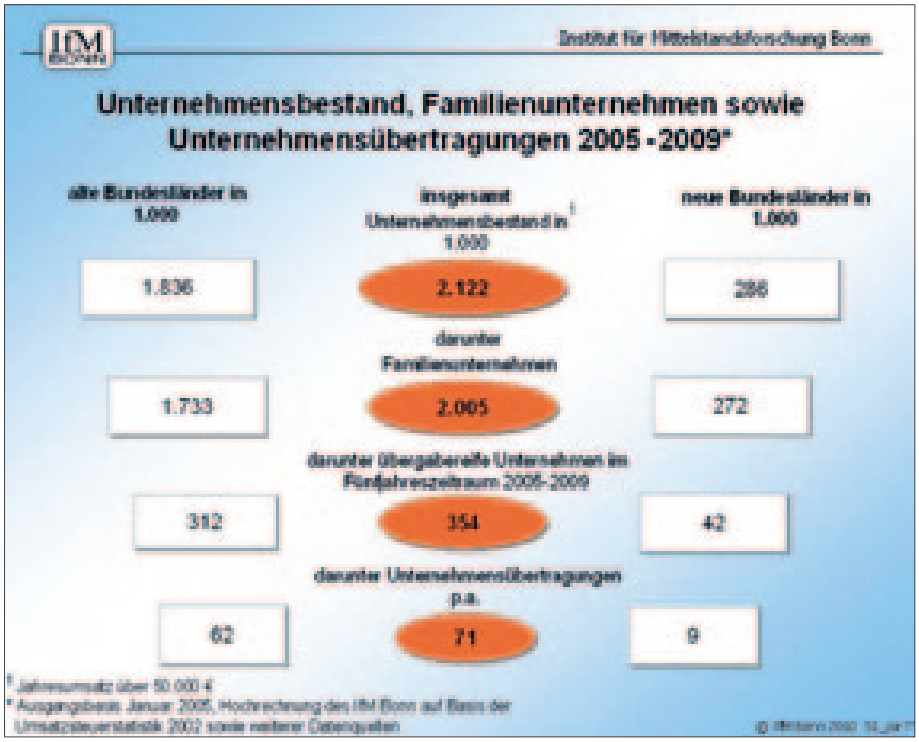
„Ich möchte erst die Änderung im Erbschaftssteuerrecht abwarten."
Das Erbschaftssteuerrecht hat sich in den letzten 15 Jahren immer wieder geändert. Rechnen Sie die Dinge gemeinsam mit dem Steuerberater durch, um zu einer fundierten Entscheidung zu kommen. Solange die Nachfolgefrage verschleppt wird, zieht das erfahrungsgemäß viel Kraft und Energie aus dem Unternehmen.

„Ich muss erst sehen, ob der Junior das wirklich packt."
„Ich traue keinem der Kinder die Führung zu."
„Das falsche Kind will die Führung."
Definieren Sie einen klar abgegrenzten Verantwortungsbereich für den Junior; Wissenslücken des Juniors durch Weiterbildungsmaßnahmen schließen. Überlegen Sie mit dem Junior und einem Berater, wie das Unternehmen in fünf Jahren aufgestellt sein könnte.

„Ich möchte erst sehen, wen der Junior heiratet."
„Abwarten, wie das Schwiegerkind sich macht."
Ehevertrag (modifizierte Zugewinngemeinschaft), Pflichtteilsverzicht des Schwiegerkindes, Juniorentestament (Firmenbeteiligung bleibt in der Unternehmerfamilie).

„Die Kinder sind zerstritten."
Der Senior behält eine beiratsähnliche Stellung zur Schlichtung, am besten in Verbindung mit einem Außenstehenden, der auch das Vertrauen der Junioren genießt.

„Der Junior überwirft sich mit jedem."
Nach der Übergabe werden viele Junioren wieder „normal"; Rücktrittsrechte für bestimmte Tatbestände vertraglich festlegen.



Quelle: ifm-Grafik, Frank Wallau

INTERVIEW

„Absolute Gerechtigkeit ist oft nicht erreichbar“

Die Nachfolgefrage ist in Familienunternehmen fast immer mit Konflikten verbunden. Der auf die Themen Erbrecht und Unternehmensnachfolge spezialisierte Münchner Rechtsanwalt Dr. Erich Jedelhauser beantwortet einige häufige Fragen

Oft wird das Thema Unternehmensübergabe gar nicht oder erst sehr spät angegangen. Warum ist das so?

Dr. Erich Jedelhauser: Der Hauptgrund ist die Beanspruchung durch das Tagesgeschäft. Oft ist die Firma auch der Lebensinhalt, deshalb fällt es vielen Unternehmern schwer, loszulassen. Außerdem ist die Materie sehr komplex. Zu klären sind existenzielle steuerrechtliche und juristische Fragen, die häufig in Wechselwirkung miteinander stehen. Dazu ein Beispiel: Eine vermeintlich einfache Änderung der Gesellschafterstruktur kann zur Aktivierung des Immobilien-Vermögens und damit zu hohen Einkommenssteuer-Zahlungen führen.

Worauf sollte man bei der Nachfolgeplanung besonders achten?

Jedelhauser: Das Thema Enthaftung wird oft übersehen. Die sofortige Enthaftung des Seniors ist bankseitig häufig nicht möglich, weil der Junior keine ausreichenden Sicherheiten bieten kann. Dadurch riskiert der Senior aber seine Altersversorgung. In diesen Fällen bietet sich eine stufenweise Enthaftung des Seniors an, die maximal fünf Jahre laufen sollte. In dieser Übergangszeit sollte der Senior noch Kontroll- und Mitspracherechte in der Firma haben, um bei Problemen gegensteuern zu können.

Führt das nicht zu Kompetenzgerangel zwischen Junior und Senior?

Jedelhauser: Ja, die Abgrenzung der jeweiligen Verantwortungsbereiche ist in der Praxis manchmal schwierig. Doch es schadet dem Unternehmen ja auch, wenn wertvolle Kompetenzen des Seniors wegfallen. Wichtig ist eine klare schriftliche Aufteilung der Zuständigkeiten. Außerdem empfehle ich eine neutrale Instanz, die bei Konflikten moderiert. Je nach Größe des Unternehmens kann das ein Beirat oder ein Externer wie der Steuerberater oder ein Coach sein.

Wann sollte man die Nachfolgeplanung angehen?

Jedelhauser: Idealerweise sollte man bereits mit Anfang fünfzig beginnen, sich ein Konzept für die dritte Lebensphase zu überlegen. Ohne neue Aufgaben ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass man die Übergabe zu lange hinauszögert. Man sollte außerdem sehr genau durchrechnen, ob der Betrieb überhaupt übergabefähig ist. Nicht jede Firma kann zwei Familien ernähren. In diesem Fall ist der Verkauf zu einem guten Preis oft die bessere Lösung.

Was ist sonst noch zu bedenken?

Jedelhauser: Jeder Unternehmer sollte ein Testament machen, denn sonst gilt die gesetzliche Erbfolge. Die bislang erzielten Vereinbarungen zur Nachfolge müssen im Testament abgesichert werden. Wichtig ist auch, dass sich Testament und Gesellschaftervertrag nicht widersprechen. Wenn beispielsweise die Ehefrau Alleinerbin werden soll, der Gesellschaftervertrag aber Ehepartner als Gesellschafter ausschließt, führt dies zu massiven Konflikten.

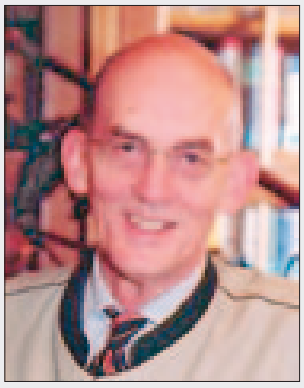
Was ist mit Kindern - sollten alle Geschwister oder nur eines der Nachfolger werden?

Jedelhauser: Selbst in Unternehmerfamilien, die sich gut verstehen, wird über solche Dinge oft nicht ausreichend gesprochen. Deshalb ist diese Entscheidung meist sehr schwierig. Um das Unternehmen stark zu halten, ist es fast immer sinnvoll, dass nur das fachlich und persönlich geeignetste Kind die Nachfolge antritt und die Geschwister anders versorgt werden.

Wie sieht es dann mit der Gerechtigkeit aus?

Jedelhauser: Das ist ein klassisches Thema. Fast immer ist das Privatvermögen sehr viel kleiner als das Betriebsvermögen. Bei der Bewertung sollte man aber den angesetzten Unternehmenswert halbieren, und zwar wegen der latenten Steuern und den mit der Unternehmensführung verbundenen Risiken. Andere Vermögenswerte, wie etwa Immobilien, sollten nicht nur nach ihrem Verkehrswert sondern auch nach ihrer Ertragskraft bewertet werden. Erfahrungsgemäß ist eine absolute mathematische Gerechtigkeit unter allen Geschwistern aber oft nicht erreichbar. Am besten übergibt man immer dann etwas, wenn das Kind es tatsächlich braucht, etwa bei der Existenzgründung, dem Immobilienerwerb oder in Notlagen.

S.B.



Dr. Erich Jedelhauser

Fall Zumwinkel: Noch bevor die Staatsanwaltschaft bei ihm klingelte, standen die Übertragungswagen des Fernsehens vor seinem Haus. Eine kalkulierte, beabsichtigte öffentliche Hinrichtung aus Abschreckungsgründen

Kriminelle Anlagemodelle von Finanzhäusern für Steuersünder

ANSTIFTUNG, MITTÄTERSCHAFT UND BEIHILFE ZU BETRUG, STEUERHINTERZIEHUNG UND GELDWÄSCHE

Wenn sich Kunden bei Ihrer „Schwarzgeld-Bank oder –Versicherung“ beschwerten, vor allem weil wieder mal eine CD-ROM mit brisanten Daten zum Kauf angeboten wird, wiesen die Finanzhäuser gerne auf drei Alternativen hin. Erstens die Selbstanzeige, aber dieser Weg würde das gesamte Vermögen aufbrauchen, vor allem, wenn erhebliche Anlageverluste und saftige Gebühren bereits einen großen Vermögensanteil verschlungen haben. Zweitens könne ja ein Strafverfahren bereits laufen, und dies könne halt am Ende zu Gefängnis führen sowie zum Totalverlust des Vermögens und der eigenen bürgerlichen Existenz. Und drittens könne der Kunde ja „die Nerven behalten“, das Schwarzgeld nachträglich weißwaschen lassen und bis dahin versuchen, alles auszusitzen.

Es wird als offenes Geheimnis bezeichnet, dass schweizer Banken ein- oder zweistellige Milliardenbeträge jährlich allein deshalb zusätzlich „abkassieren“ können, weil Schwarzgeldkunden ja faktisch stets erpressbar sind. Am Ende steht oft die Feststellung, dass sogar die sofortige Versteuerung der Schwarzgeldeinnahmen und Anlage auf einem heimischen Sparbuch mit legal versteuerten Zinsen per Saldo mehr gebracht hätte.

Neue Steuertricks im Angebot

Um sich nicht dem Fiskus offenbaren zu müssen, aber die Aussicht auf „Entfärbung“ der Anlagegelder zu bekommen bieten Banken im deutschsprachigen Raum ihren Kunden verschiedene „Bleichungs-Modelle“ an. Zunächst den Zero-Bond: Wird das Geld hier geparkt, erfolgt keine Auflösung dieses Investments, und hält es der Kunde lange genug durch, fallen inzwischen keine Zinsen an, welche zu versteuern sind. Nach zehn Jahren sei die Hinterziehung verjährt, sagt der geschmeidige Banker aus Salzburg. Auf Nachfrage hat der Banker keine Ahnung, dass die Verjährung der Steuerhinterziehung seit Herbst 2009 auf mehr als zehn Jahre verlängert wurde und die strafbare Geldwäsche überhaupt erst mit Eintritt ihres Erfolges zu verjähren beginnt. Seine Lösung ist zumindest eine Anstiftung, auch in Zukunft nicht nur Steuern zu hinterziehen, sondern auch noch Schwarzgeld zu waschen – d. h. in den regulären Wirtschaftskreislauf zurückzuführen.

Auch in Basel hat man eine Alternative gefunden, denn das Bankgeheimnis der Schweiz könne ja bald „Geschichte sein“ – nicht nur weil das Herunterladen von Bankdaten auf CDs sich als lukrativer Nebenerwerb und Möglichkeit des sorgenfreien Ruhestands für Bankmitarbeiter mit durch deutsche Strafverfolgungsbehörden verschaffter neuer Identität anbietet. Der Kunde soll danach sein Vermögen in einen Lebensversicherungsmantel in Liechtenstein stecken. Auch damit würde die Steuer gestundet, bis zur Entnahme. Eine genaue Prüfung ergibt, dass der notwendige Risikoschutz, der eine Versicherung auszeichnet, und zur Steuerstundung führen kann, vom Zwergversicherer mit Sitz im fürstlichen Bauernhaus gar nicht übernommen wird. Der Kunde wird darüber getäuscht, dass er so niemals „weißes Geld“ wird erlangen können, sondern weiterhin Jahr für Jahr zur Deklaration seiner Erträge verpflichtet ist und fortgesetzt weiter strafbare Geldwäsche betreibt. Dafür winkt dem Bank- bzw. Versicherungsvertrieb eine satte Provision für diesen Irrweg.

Fallstricke bei der „Wäsche“

Eine weitere Idee wird auch in Zürich angeboten: Die schweizer Bank transferiert „anonym“ die Gelder in einen Fonds, der in Deutschland von einer dort ansässigen Bank verwaltet wird. Das Geld bleibt faktisch im Hause, wird aber in Deutschland der Abgeltungssteuer unterworfen. Jedes Jahr sollen so zehn Prozent „weiß gewaschen“ werden – solange (hofft man)

werde das Bankgeheimnis überleben. Kleiner Haken auch an dieser smarten Konstruktion: Sobald die bei der deutschen Bank und/oder beim Kunden bestehenden Schwarzgelder im Zusammenhang mit etwa 100.000 Euro Steuerhinterziehung stehen, kommt damit zusätzlich Geldwäsche in Frage: Und das Dumme daran ist, dass dies das Gesamtvermögen infiziert. Die Verjährung der Geldwäsche hat dann nicht mal begonnen, wenn es nach vermeintlich zehn Jahren gar keine Bestrafung wegen Steuerhinterziehung mehr geben solle. Hinzu kommt Jahr für Jahr bei „Gläubigen" die Hinterziehung von Kirchensteuer, weil diese nicht über die Abgeltungssteuer mit eingehoben wird.

Voll im Griff der Banken

Pikant an diesen Modellen ist, dass diese modellhaften Tarnkonstrukte zumeist unter Einschaltung von „Netzwerkpartnern", also beispielsweise Kanzleien im Ausland errichtet werden. Über diese hat die Bank dann den Kunden und sein Vermögen „voll im Griff". Denn wenn der Kunde einmal nicht so spurt, wie er soll, kann die Bank dafür sorgen, dass der Netzwerkpartner einfach die Vollmacht des Kunden nicht verlängert. Teil dieses Fertighaus-Systems ist es dann auch, dass der Kunde kaum oder gar keine Unterlagen zu „seinem Konstrukt" erhält. So hat er sich am Ende komplett seiner Bank, seinem Treuhänder bzw. einer Liechtensteiner Versicherung ausgeliefert.

Bankberater geben Hinterzieher preis

Niemand weiß vor Anrücken der Steuerfahndung, ob sein Name auf den Daten-CDs gespeichert ist. Dort finden sich aber auch die Namen der betreffenden Bankberater aus der Schweiz – zumindest einige . Daher muss grundsätzlich jeder Bankberater fürchten, beim Grenzübertritt nach Deutschland erst einmal wegen des Verdachts auf Beihilfe zur Steuerhinterziehung festgenommen und um die Namen der beratenen Steuerhinterzieher gebeten zu werden. Leider weiß er nicht, welche seiner Kunden der Steuerfahndung bereits bekannt sind – es bleibt ihm nichts weiter übrig, als sich kooperativ zu zeigen, und alle Namen einzugestehen, auch diejenigen, die gar nicht auf der CD stehen. So kommen denn auch die Steuersünder ans Licht, die erst einmal nicht per CD aufgefallen sind. Aus gutem Grund haben schweizer Banken daher die Auslandsreisen ihrer Berater stark eingeschränkt – sie könnten sonst erst einmal so schnell nicht wieder zurückkehren, denn bei fehlender Kooperationsbereitschaft ist eine längere Untersuchungshaft angesagt.

Die Selbstanzeige

Selbst wenn Kunden mit Schwarzgeld die Selbstanzeige fürchten, kann es am Ende faktisch „einen beachtlichen Rabatt" geben, wenn der Sachverhalt zunächst straf- und steuerrechtlich begutachtet wurde, und im Anschluss daran mit der Finanz verhandelt wird. Nicht selten haften am Ende Bank oder Versicherung für die Steuerschäden – natürlich ohne es zu ahnen. Die Selbstanzeige „nach Schema-F" kann auch auf diesem Felde den Maßanzug individueller Analyse im Einzelfall nicht ersetzen. Auf diese Weise lässt sich nicht nur jedwede steuerliche Bestrafung vermeiden, sondern auch die Nachzahlung minimieren.

Unsere Autoren:
Dr. Johannes Fiala, Rechtsanwalt (München), www.fiala.de
und Dipl.-Math. Peter A. Schramm, www.pkv-gutachter.de

GESTOHLENE STEUER-CDS BESCHEREN STEUERFLÜCHTLINGEN EIN SCHLUPFLOCH

Viele mutmaßliche Steuerhinterzieher versuchen angesichts der aktuell kursierenden Steuer-CD, sich mit einer Selbstanzeige zu retten. Ein Weg, der versperrt ist, klingeln erst einmal die Fahnder. „Es können aber auch diejenigen, die eine rechtzeitige Selbstanzeige – aus welchen Gründen auch immer– versäumt haben, ihren Kopf aus der Schlinge ziehen", erläutert Rechtsanwalt Dr. Stefan Hiebl von der Bonner Kanzlei Eimer Heuschmid Mehle. „Da die Daten der CD offensichtlich nicht legal gewonnen wurden, müssen die Gerichte verbieten, sie für die Strafverfolgung einzusetzen."

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 2005 entschieden, dass bei schwerwiegenden, bewussten oder willkürlichen Verfahrensverstößen ein Beweisverwertungsverbot als Folge einer fehlerhaften Durchsuchung und Beschlagnahme von Datenträgern und darauf vorhandenen Daten geboten ist. „Ein solcher bewusster Rechtsverstoß der Verfolgungsbehörden ist im vorliegenden Fall nach heutigem Wissensstand gegeben", betont Strafverteidiger Hiebl.

Die Falle: Hat der Informant die CD mit den Daten aus der Bank gestohlen, macht sich der deutsche Staat beziehungsweise dessen Vertreter beim Erwerb der CD wegen Hehlerei strafbar. Hat der Informant die Daten durch einen Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen beziehungsweise durch das Ausspähen von Daten erlangt, stellt der Erwerb dieser Daten eine in Deutschland strafbare Begünstigung dar. Darüber hinaus ist der Ankauf auch noch eine Beihilfe zum Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen sowie zum Ausspähen von Daten.

Gerichtliche Klärung vermieden

„Vor diesem Hintergrund dürfen vermeintliche Steuerhinterzieher, die auf der CD genannt sind, nicht verfolgt werden", stellt Hiebl klar. „Obwohl die Strafverfolgungsbehörden und manche Politiker nicht müde werden zu behaupten, der Erwerb der CD sei rechtlich in Ordnung, bleibt festzustellen, dass es bisher noch keinen Fall gibt, der höchstrichterlich geklärt ist." In der Praxis zögen es die Beschuldigten und die Verfolgungsbehörden vor, sich über den Ausgang des Verfahrens zu einigen und so eine gerichtliche Klärung zu vermeiden.

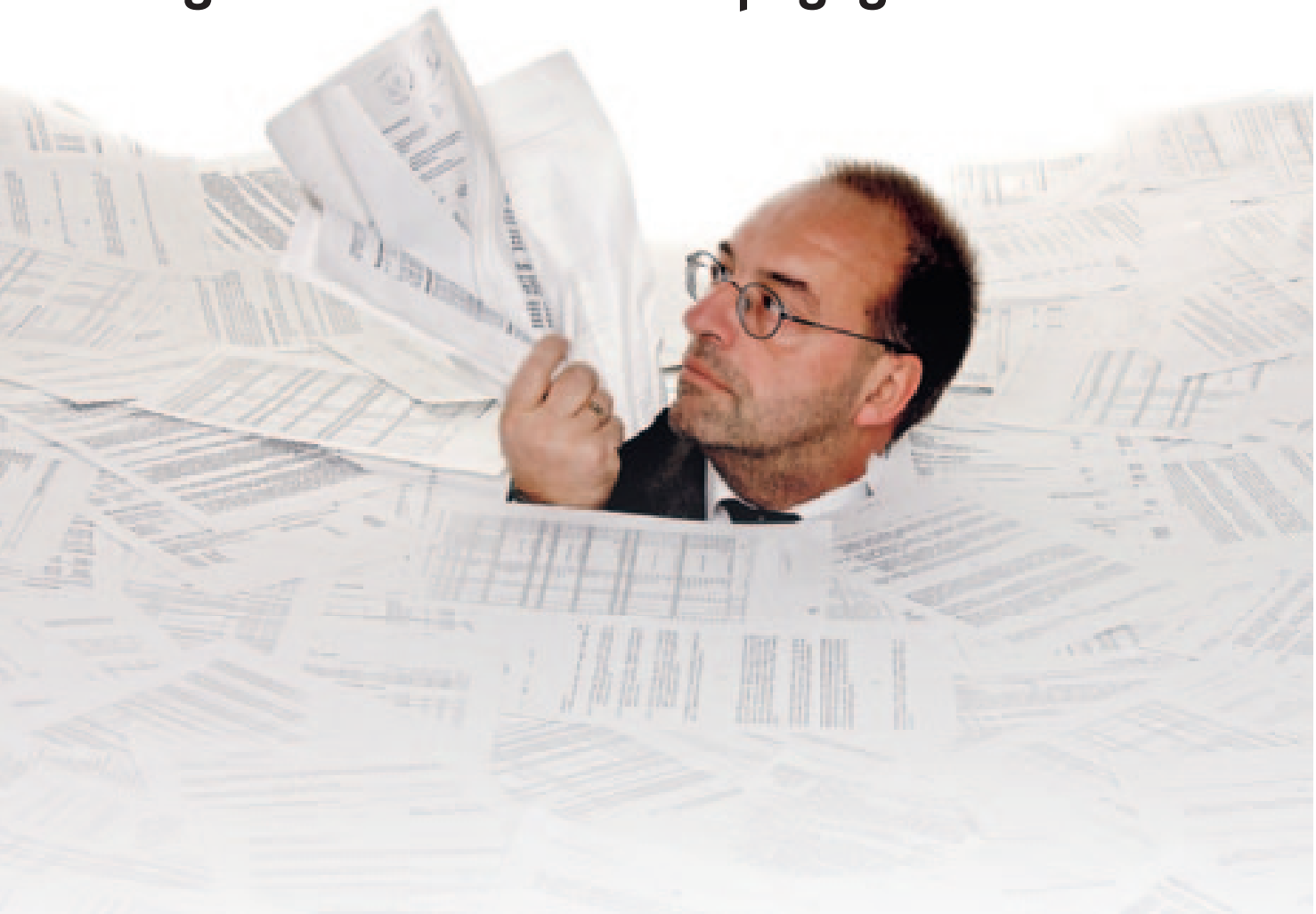
Um hier – auch vor dem Hintergrund immer häufiger auftauchender CDs – Klarheit zu schaffen, ist es aus Hiebls Sicht notwendig, so bald wie möglich ein entsprechendes Verfahren vor den Bundesgerichtshof oder das Bundesverfassungsgericht zu bringen. „Bestätigen die Gerichte ein Beweisverwertungsverbot, müssen die steuerstrafrechtlichen Ermittlungsverfahren, die auf der Auswertung solcher Daten-CDs basieren, sofort eingestellt werden", betont der Strafverteidiger.

Infos: www.ehm-kanzlei.de

Foto: dpa/ picture alliance

Bestätigen die Gerichte ein Beweisverwertungsverbot, müssen die steuerstrafrechtlichen Ermittlungsverfahren, die auf der Auswertung solcher Daten-CDs basieren, sofort eingestellt werden

So gewinnen Sie den Kampf gegen das Chaos



Selbst ordnungswillige Naturen wissen oft nicht so recht, wie man die leidige Büroarbeit effizient organisiert. Das Ergebnis: Wichtige Unterlagen sind zwischen den Bergen von Briefen, Rechnungen, Notizen und Verträgen kaum aufzufinden und „mal schnell" ein Angebot rauszuschicken kostet leicht einen halben Vormittag. Doch Ordnung ist lernbar. In zehn Schritten bringen Sie System in das Chaos auf Ihrem Schreibtisch.

„Die Ordnung im Büro ist auch eine Typfrage", erklärt Dr. Dorothea Engel-Ortlieb von der Organisationsberatung Bürofreude in Hamburg. „Man muss gewisse Regeln einhalten und gerade sehr kreativen, spontanen Menschen fällt das oft schwer." Trotzdem, da ist sich die Expertin sicher: Eine gewisse Grundordnung bekommt jeder hin.

1. Abläufe identifizieren

Nervige Suchaktionen nach wichtigen Unterlagen sind keineswegs immer ein Zeichen für Planlosigkeit. „Meistens ist es gar nicht der mangelnde Wille, sondern es fehlt der Überblick über die Arbeitsabläufe", weiß die Beraterin und Buchautorin aus langjähriger Erfahrung. „Außerdem ist häufig kein Platz für die Unterlagen vorgesehen und dadurch landet alles auf dem Schreibtisch."

Der erste Schritt im Kampf gegen die Papierberge ist also: Verschaffen Sie sich einen Überblick über Ihre Arbeitsprozess-Abläufe! Grundsätzlich hat nämlich jeder Auftrag den typischen Ablauf „Angebot - Auftrag - Bearbeitung - Rechnung". Der Schritt „Bearbeitung" kann - je nach Tätigkeit - manchmal in verschiedene Bearbeitungsschritte unterteilt werden, etwa: „Erste Abstimmungsrunde", „Zweite Abstimmungsrunde" usw.

2. Dynamische Ablage einrichten

Für diese einzelnen Stadien richten Sie jeweils eine getrennte Ablagemöglichkeit ein. Für Papierunterlagen haben sich Körbchen auf dem Tisch oder eine leicht zugängliche Hängeregistratur bewährt. Diese (Zwischen-)Ablage für die aktuellen Projekte ist dynamisch. Das bedeutet, dass sämtliche Unterlagen von Station zu Station weiterlaufen. Wird also beispielsweise aus einem Angebot ein Auftrag, so „wandert" der gesamte Vorgang aus der Angebotsmappe in die Auftragsmappe. Papiere heften Sie so zusammen, dass die aktuellsten oben sind. So haben Sie z. B. bei Anrufen des Kunden alle Unterlagen vom ersten Kontakt bis zur letzten Vereinbarung mit einem Griff zur Hand. Haben Sie nichts Schriftliches bekommen, machen

Sie sich bei persönlichen Gesprächen eine Aktennotiz, bei Verhandlungen ein Protokoll, bei Telefonaten eine Telefonnotiz.

3. Nach Themen sortieren

Neben den auftragsbezogenen Vorgängen hat man natürlich noch andere Unterlagen auf dem Tisch, wie beispielsweise Einladungen, Produktinformationen, Seminarunterlagen, Prospekte von Lieferanten usw. Diese Dinge sind zwar keinem konkreten Projekt zuzuordnen. Sie werden aber oft mit in die Mappe des Projektes gesteckt, bei dem man sie zuletzt gebraucht hat oder stapeln sich unstrukturiert auf dem Schreibtisch. „Das Kaufmännische und das Inhaltliche sollte man sauber trennen", erklärt die Ordnungs-Fachfrau. Deshalb bekommen aktuelle Unterlagen, die man ständig braucht, eigene Mappen in der dynamischen Ablage. Dokumente, die man nicht permanent benötigt, (z. B. Gewerbeanmeldung) gehören dagegen in einen entsprechenden Ordner in die Dauer-Ablage.

Es hängt von der Tätigkeit und den konkreten Abläufen ab, ob man die Dokumente besser elektronisch im Rechner oder auf Papier verwaltet. Wer viel Post bekommt, muss überlegen, ob der Aufwand für das Einscannen der Unterlagen Sinn macht, wer dagegen fast nur über Mails kommuniziert, ist mit einem elektronischen System oft besser bedient. Arbeiten Sie ausschließlich elektronisch, dann richten Sie auf Ihrem Rechner entsprechende Ordner bzw. Unterordner für die Unterlagen ein. „Papier hat Vorteile, wenn man viel unterwegs ist, weil man dann unabhängig vom Laptop ist", so Dr. Dorothea Engel-Ortlieb. „Insgesamt gewinnt die elektronische Dokumentenverwaltung aber zunehmend an Bedeutung."

4. Struktur einhalten

Grundsätzlich muss Ihre Ordnung zu Ihnen und Ihren Arbeitsabläufen passen. Als Unternehmer kann man diese Dinge so organisieren, wie man es persönlich sinnvoll findet, und diese Möglichkeit sollte man auch nutzen. Danach allerdings brauchen Sie schon ein wenig Disziplin. „Ist die Struktur der Zwischenablage einmal erarbeitet, sollte man sie auch einhalten", so die Expertin. Doch das klingt schwieriger, als es ist. Ist alles organisiert, muss man die Papiere nur noch in die entsprechende Mappe schieben, und das dauert in der Regel nur Sekunden.

5. Wiedervorlage richtig organisieren

Ein wichtiger Grund für einen überfüllten Schreibtisch ist die Angst, etwas zu vergessen. Viele lassen Briefe, Abrechnungen & Co. nur deshalb herumliegen, damit die damit verbundenen Aufgaben nicht im täglichen Stress untergehen. Ist alles schön aufgeräumt, entfällt diese „Erinnerungsfunktion" natürlich. Auch Vorgänge, an denen man erst später weiterarbeiten kann, sind oft heikel. „Die Organisation der Wiedervorlage ist häufig ein kritischer Punkt, weil darin alle möglichen Dokumente, Termine, Aufgaben usw. bunt gemischt werden", sagt die Organisationsexpertin aus Erfahrung. Viele Unternehmer nutzen im Handel erhältliche Wiedervorlagemappen und legen dabei den gesamten Vorgang auf den entsprechenden Termin. Das Problem: Die Dokumente liegen nicht mehr da, wo man sie üblicherweise erwartet, lange Suchaktionen sind die Folge. Besser: Eine entsprechende Notiz im (elektronischen) Planer bzw. in der To-do-Liste und die Unterlagen selbst bleiben, wo sie hingehören.

6. Dauer-Ablage einrichten

Ist ein Auftrag abgeschlossen, d. h. ist die Arbeit erledigt und die letzte Rechnung gestellt, müssen die Unterlagen nicht mehr ständig zugänglich sein. Deshalb kommt der Vorgang - zusammen mit einer Kopie der Rechnung - in die Dauer-Ablage. Diese Unterlagen sind auch bei einer Betriebsprüfung wichtig. „Das Finanzamt prüft auch, ob es tatsächlich Vorgänge gibt", weiß die Beraterin.

Abgeschlossene Vorgänge kommen in Aktenordner. Üblich ist eine chronologische Sortierung, manchmal wird auch nach Kunden, nach Auftragsnummern oder nach Produkten abgelegt. Im eigenen Unternehmen kann man die Struktur so einrichten, wie man es sinnvoll findet. Wichtig: Für viele Dokumente gelten gesetzliche Aufbewahrungsfristen. Eine Ablage nach Datum hat den Vorteil, dass man den Ordner nach Ablauf der Aufbewahrungspflicht mit einem Griff wegwerfen kann.

7. Arbeitstag strukturieren

Vor allem, wenn man vorwiegend elektronisch ablegt, hängt die Ordnungsstruktur eng mit der Planung der täglichen Arbeit zusammen, da man dann beispielsweise zu bearbeitende Mails mit einem Klick in die To-do-Liste kopieren kann. „Aufgrund der

größeren Flexibilität empfehle ich sowieso, die tägliche Planung elektronisch zu machen, z. B. mit Outlook oder Lotus Notes. Man braucht zwar eine gewisse Einarbeitung, aber danach sind diese Instrumente einfach unverzichtbar", erklärt die Ordnungs-Fachfrau. Der Grund: Ein Papier-Planer ist bei vielen täglichen Aufgaben schnell voll und vor lauter Änderungen oft kaum noch zu entziffern. „Auch wenn sich die Pläne schnell ändern, sind sie keineswegs umsonst. Man arbeitet dadurch trotzdem viel strukturierter", so die Expertin. Wichtig: Sie sollten höchstens 60 % Ihrer täglichen Arbeitszeit verplanen - der Rest wird für kurzfristige Aufgaben und unvermeidbare Störungen durch Anrufe & Co. benötigt. Nur so sind Sie flexibel. Keine Angst, es kommt noch genug Unvorhergesehenes, das den Tag füllt.

8. Arbeitsblöcke schaffen

Wer ständig zwischen Mails-Beantworten, Telefonaten und Rechnungen schreiben hin- und herspringt, ist zwar beschäftigt, schafft aber meist nicht genug. Das A und O eines erfolgreichen Zeitmanagements ist das Blocken von gleichartigen Tätigkeiten, also z. B. Telefonieren, Post bearbeiten, Aufträge schreiben usw. Nur Kleinkram, der lediglich wenige Minuten beansprucht, sollte sofort bzw. in den Pufferzeiten erledigt werden. Alles, was mindestens eine halbe Stunde dauert und geplant werden kann, schreiben Sie als Aufgabe in Ihren Terminplaner. „Dadurch kann man auch kurze Zeitblöcke effizient nutzen", erklärt die Beraterin. Tragen Sie solche Arbeitsblöcke wie beispielsweise Angebote schreiben, Unterlagen zusammenstellen usw. als „Termin mit sich selbst" in Ihren Planer ein. Das Ganze sieht dann aus wie eine Art Stundenplan, also beispielsweise 12.00-13.00 Uhr: Besprechung, 14.00-16.00 Uhr: Konzept schreiben, 16:30 Telefontermin Dr. Müller usw. Komplizierte Tätigkeiten, die volle Konzentration verlangen, sollte man möglichst auf den frühen Vormittag legen.

9. Zeitkiller ausschalten

Wirbeln Sie den ganzen Tag herum und haben trotzdem das Gefühl, nicht so richtig voran zu kommen? Dann ist es empfehlenswert, sich einige Tage lang genau zu notieren, was man von morgens bis abends wirklich tut. Dabei stellt sich schnell heraus, wo Ihre ganz persönlichen Zeitkiller liegen. Besonders heikel sind oft Telefon und E-Mail. Sind ständige Anrufe Ihr Störenfried Nr. 1, hilft es, feste Telefonzeiten einzuführen oder bei kniffligen Arbeiten den Anrufbeantworter anzustellen. Sie sollten dann allerdings zuverlässig im Laufe des Tages zurückrufen. Sind Mails der Hauptstressor, sollten Sie sich angewöhnen, sie nur noch morgens, mittags und abends zu checken. Es reicht, wenn sie innerhalb eines Tages beantwortet werden. Briefe haben sogar zwei Tage Zeit.

10. Arbeitstag abschließen

Zum Abschluss des Tages ist es empfehlenswert, den nächsten Arbeitstag zu planen. Das dauert nicht länger als fünf bis zehn Minuten und ist auch sinnvoll, wenn sich am nächsten Morgen fast alles wieder ändert. „Dadurch zieht man einen Schlussstrich unter den Tag und bekommt den Kopf wieder frei", erklärt Dr. Engel-Ortlieb. „Außerdem geht man viel strukturierter in den nächsten Tag, weil man einen Überblick über die anstehenden Arbeiten hat."

Silke Becker

HILFE, PAPIERSTAU!

Auf dem Schreibtisch stapeln sich die Unterlagen, und Sie haben kaum noch Platz für die Tastatur - höchste Zeit für eine Aufräumaktion. Wichtig: Fangen Sie erst einmal an und optimieren Sie später. Eine Ordnung, die perfekt zu Ihren individuellen Arbeitsabläufen passt, entwickelt sich erst nach und nach.

1. Schritt: Papiere sichten:

Sortieren Sie die Unterlagen auf drei Stapel: Laufende Projekte, Abgeschlossenes Projekte und Papierkorb. Sie werden staunen, wie viel Müll sich inzwischen angesammelt hat, und der Berg wird schon einmal eine ganze Ecke kleiner.

2. Schritt: Laufende Vorgänge ordnen:

Die aktuellen Unterlagen fassen Sie zu Vorgängen zusammen und legen dann eine dynamische Ablage an, wie im Text beschrieben.

3. Schritt: Dauerablage einrichten:

Für Dokumente, die nicht mehr ständig gebraucht werden, legen Sie passende Aktenordner für die Dauerablage an. Beim Ablegen großer Mengen geht es schneller, wenn Sie die Dokumente NICHT vorsortieren, sondern die Unterlagen so, wie sie kommen, sofort im richtigen Ordner abheften.

Dorothea Engel-Ortlieb von der Organisationsberatung Bürofreude in Hamburg

Vor 60 Jahren – Startschuss für einen Welterfolg

Wir schreiben den 8. März 1950. Es ist der Beginn eines Welterfolgs. An diesem Tag rollen in Wolfsburg die ersten zehn Volkswagen Transporter vom Band. Insgesamt sollen es bis ins Jahr 1967 mehr als 1,83 Millionen VW-Bullis der ersten Generation werden, die in Deutschland gebaut werden – über 10 Millionen bis zum heutigen Tag.

Die Technik wird aus dem Volkswagen Pkw übernommen. Motor und Getriebe entstammen der deutschen Mobilwerdung. Ganze 25 PS sind also mit der Aufgabe betraut, im zugelassenen Ernstfall 750 Kilogramm Zuladung zu transportieren. Damit nicht unbedingt souverän motorisiert, aber vom ersten Tag an äußerst zuverlässig, absolviert der neue Transporter seine Aufgaben ohne Klagen.

Komfort hält Einzug

Im Inneren wurde es zunehmend komfortabler: Es gab ein Radio, einen Aschenbecher, einen Haltegriff, eine Zeituhr, die unter anderem Serienumfang des seit 1951 gebauten Samba ist und eine Tankuhr, die ab 1961 die Spritrestmenge nicht nur erahnen lässt. Zuvor musste der Fahrer bei beginnendem, stotterndem Motor, der mittlerweile 34 PS leistet, den Reservehahnzug unterhalb seines Sitzes ziehen.

Weitere Neuerungen erfolgen Anfang der Sechzigerjahre. So steht dem Fahrer nun ein Einzelsitz zur Verfügung. Am auffälligsten ist jedoch die erneute Erstarkung des Motors. Zuerst für den Export nach Amerika bestimmt, hält der 42 PS starke Boxer ab dem Kalenderjahr 1963 auch in die europäische Version Einzug. Mit dem 1,5 Liter großen Motor lässt sich unbeladen erstmals die Transporterschallmauer der 100 km/h durchbrechen. Im Juli 1967 ist nach über 17 Jahren Bauzeit für die erste Generation des Transporters in Deutschland Schluss. In Brasilien allerdings, wo der T1 seit 1957 ebenfalls vom Band läuft, wird er bis 2000 weitergebaut. Insgesamt werden dort, in Mexiko und in Deutschland 2,9 Millionen Exemplare der ersten Bulli-Generation produziert.

Seit 1985 mit Allrad

Die nächste große Zäsur kommt 1985 mit dem ersten Transporter mit Allradantrieb. Sein Name: syncro. Ausgestattet mit einer Visco-Kupplung bereichert diese Allradvariante die kommenden 18 Jahre das stetig wachsende Programm rund um den Transporter. Ablösung kommt mit dem Debüt des T5. Ab 2003 sorgt eine Haldex-Kupplung für die Kraftverteilung an die Achsen. Seitdem hört der allradangetriebene Volkswagen Bus auf den Beinamen 4MOTION.

Was sich zuvor, 1990, hinter dem Wort „Generationswechsel" nahezu lapidar anhört, kommt beim T4 einer Revolution gleich: Was früher vorne war, ist jetzt hinten und umgekehrt. Frontmotor und Vorderradantrieb sind im neuen Jahrzehnt die Attribute des modernen Transporter-Konzepts bei Volkswagen.

Der neue Transporter bietet mit zwei Radständen, einem gut erreichbaren, da niedrigem Laderaum ganz andere Möglichkeiten. Die Sitzposition befindet sich nun hinter der Vorderachse und die Lenkradstellung ähnelt mehr der eines Pkw. Dem passt sich auch der neue syncro an. Er ist aufgrund des langen Radstandes nicht mehr so geländetauglich und auch der kurze Kriechgang fehlt, aber dafür ist im Alltagsbetrieb vom Allradantrieb kaum was zu spüren.

Neue Techno-Highlights

Am 3. März 2003 geht der neue Transporter an den Start. Die fünfte Generation des Universaltalentes behält das Konzept seines Vorgängers mit Frontmotor und Vorderradantrieb bei. Die bisherige Allradtechnik mit Visco-Kupplung muss jedoch den umfangreichen Anforderungen, die an ein Fahrzeug des neuen Jahrtausends gestellt werden, weichen.

Stärkere Motoren und vor allem das Elektronische Stabilitätsprogramm (ESP) verlangen eine neue Technologie. Diese ist schnell in den eigenen Reihen gefunden. Die Haldex-Kupplung treibt schon seit ein paar Jahren äußerst erfolgreich die PKW-Allrad-Modelle aus dem Hause Volkswagen an. Sechs Jahre später startet die weitreichend perfektionierte Neuauflage des Multivan, Transporter, Caravelle und California durch. Einen Quantensprung machte die Antriebstechnologie. Hintergrund: Alle Turbodiesel (TDI) werden durch eine neue Euro-5-Motoren-Generation mit neuester Common-Rail-Einspritzung ersetzt. Die neue Generation des Millionen-Bestsellers bietet darüber hinaus zahlreiche weitere Technologie-Highlights.

Günter Kohl

Jetzt gibt es die Neuauflage des Bestsellers T5 in den Grundversionen Transporter, Caravelle, California und Multivan. Jede dieser vier Versionen hat seine eigene Geschichte, seine Klientel, seine Einsatzschwerpunkte und seine Besonderheiten

Nolde weckt die Reiselust

Tänzerin mit erhobenen Armen (Aquarell 1921)

Beide Fotos: Copyright Nolde Stiftung Seebüll

„Reiselust" heißt eine Ausstellung mit 116 Arbeiten des norddeutschen Malers Emil Nolde, die noch bis zum 4. Juli in der Berliner Dependance der Nolde Stiftung zu sehen ist. Der zeitliche Bogen der Ausstellung mit ihren 100 Aquarellen und 16 Ölbildern reicht von frühen Arbeiten aus den Jahren 1907 und 1908 bis hin zur letzten großen Folge von Meeraquarellen aus dem Jahr 1946. Viele der Arbeiten sind erstmals öffentlich zu sehen.

Folgende Reiseziele Noldes sind chronologisch angeordnet: Jena und Cospeda, Spanien, Schweiz, Sylt und Sankt Peter Ording. Wer nicht die Zeit hat oder den Weg ins ferne Seebüll an der dänischen Grenze in Nordfriesland, wo sich das neugestaltete Nolde-Museum befindet, scheut, erhält in der Hauptstadt einen sehr schönen Überblick über das Schaffen Noldes mit eindrucksvollen Ansichten und Einsichten. *G.K.*

Lichtes Meer (Gemälde 1948

Die Ausstellung in der Berliner Jägerstraße 55 in der Nähe des Gendarmenmarktes, ist täglich (auch feiertags) von 10 bis 19 Uhr geöffnet.

Info: www.nolde-stiftung.de

Flusskreuzfahrten sind der Renner

Mit der **A-ROSA VIVA** wurde Ende März das zweite Rheinschiff der Rostocker Reederei in Dienst gestellt. Ein drittes, die BRAVA, folgt in einem Jahr

Mit beachtlichem Tempo setzen die A-ROSA Flussschiffer ihre Expansion, vor allem auf Rhein und Donau, fort. Ermuntert durch die steigende Nachfrage nach solchen Kreuzfahrten auf Westeuropas großen Flüssen durch die Best Ager, taufte die Rostocker Reederei kürzlich in Basel ihr achtes Schiff, die A-ROSA VIVA. Wenn im Frühjahr 2011 das dritte Rheinschiff, die BRAVA, hinzukommt, fahren dann schon neun Kreuzer unter der A-ROSA-Flagge, nämlich neben den drei Rheinschiffen vier auf der Donau und zwei auf der Rhone.

Mit ihren 95 Abfahrten auf 16 verschiedenen Routen zwischen fünf und zehn Tagen scheinen die Rostocker den Geschmack ihres Publikums zu treffen. Hinzu kommt, dass A-ROSA besonderen Wert darauf legt, die Kreuzfahrt-Passagiere kulinarisch, kulturell und luxuriös anzusprechen und mit ihren Premium-Schiffen höchsten Komfort auf dem hart umkämpften Markt zu bieten. Großzügige Gastbereiche, Außenkabinen mit französischen Balkonen, Büfett-Restaurants mit Show-Cooking, Sonnendeck mit Außenpool, Spa- und Fitness-Bereiche und ein interessantes, vielseitiges Ausflugsprogramm sorgen für hohe Auslastung der Schiffe in den sieben Monaten ihrer alljährlichen Betriebsdauer.

8,7 Millionen Deutsche können sich zur Zeit vorstellen, eine Flusskreuzfahrt zu buchen, weil sie eine bequeme Fortbewegungsmöglichkeit bieten, Städte und Landschaften zu erkunden und nebenbei noch ein Höchstmaß an Service und Komfort zu genießen – insgesamt zwar lässig, aber stilvoll.

Brigitte Kohl

Gewappnet für die Kreditklemme

Forderungsmanagement vermeidet Liquiditätsengpässe

Jüngst überraschte Josef Ackermann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, mit seinem Vorschlag, einen staatsunabhängigen Kreditfonds für mittelständische Unternehmen etablieren zu wollen. Schnell urteilten Kritiker und Experten, dass ein solcher Fonds nur "ein Tropfen auf den heißen Stein" sei. Denn die von der Deutschen Bank angebotenen 300 Millionen Euro sind im Vergleich zum Liquiditätsbedarf der KMU gering. Hinzu kommt eine weitere Herausforderung für mittelständische Unternehmen, denn laut der ifo Konjunkturprognose 2010, die im Dezember 2009 veröffentlicht wurde, bleiben die Kreditbedingungen der Banken auch in Zukunft restriktiv. Die viel zitierte und umstrittene Kreditklemme, die wohl mittelständische Unternehmen am härtesten treffen dürfte, ist nach wie vor „absehbar".

Liquidität steigern – aber wie?

All' diese Faktoren beeinflussen die Liquidität der KMU negativ. Doch welche Möglichkeiten der Liquiditätssteigerung haben kleine und mittelständische Unternehmen neben staatlichen Subventionen oder Krediten durch Banken?

Mangelnde Liquidität hat häufig ihre Ursache in Außenständen gegenüber den eigenen Kunden. Deren Zahlungsmoral wird laut Studien immer schlechter. Nicht beglichene Forderungen bringen Unternehmen in eine prekäre Situation, denn das Verhältnis von Mittelzu- und -abflüssen wird nachhaltig gestört. Das Unternehmen kommt demnach in die Position, Geld faktisch verleihen zu müssen, das ihm rechtmäßig zusteht und für das es Leistungen erbracht hat. Auf diese Weise kann ein völlig solventes Unternehmen schnell in eine finanzielle Schieflage geraten. Um das zu vermeiden, ist es sinnvoll, auch als kleines oder mittelständisches Unternehmen ein professionelles Forderungsmanagement zu betreiben.

In Deutschland hat sich diese Funktion seit den 1980er Jahren in Unternehmen etabliert und bewährt. Aus Gründen der Kosteneffizienz im Bereich der Personal- und Sachkosten sowie der Effektivität wird diese Position zunehmend an professionelle Dienstleister outgesourct.

Maßgeschneiderte Konzepte

Ein weiterer Vorteil des Auslagerns: Gerade kleine und mittelständische Unternehmen befinden sich räumlich gesehen in einer sehr begrenzten Sphäre. Häufig sind die Schuldner persönlich bekannt oder die Kundenbeziehung besteht seit langem. Maßnahmen des Forderungsmanagements werden in diesem Kontext als unfreundlich und anmaßend empfunden. Der Unternehmer fühlt sich oft in eine Art Bittstellerfunktion gedrängt, obwohl er legitim handelt.

Professionelle Dienstleister können helfen, die Kundenbeziehung nicht zu belasten, weil sie als neutrale Dritte auftreten und das nötige Know-how besitzen. Bei der LexFort GmbH zum Beispiel, einem aufstrebenden Unternehmen im Bereich Forderungsmanagement, hat Fairness dabei höchste Priorität. Offene Forderungen sollen schnell realisiert werden. Ein seriöser und verantwortungsvoller Umgang mit den Mandanten, Schuldnern und deren Daten ist oberstes Gebot.

Ziel ist es, mit dem Schuldner, der sich oftmals in einer wirtschaftlichen und persönlichen Notsituation befindet, offen und ehrlich die finanzielle Lage zu analysieren und gemeinsam eine Lösung zu finden. Auf diese Weise können maßgeschneiderte Lösungskonzepte gefunden werden.

Die LexFort GmbH wurde Ende 2007 mit Sitz in Braunschweig gegründet und beschäftigt unter Geschäftsleitung von Rechtsanwalt Jan-Christoph Nitsch und Managing Director Rechtsanwalt Christian Possienke 20 Mitarbeiter.

PROBLEM „BRIEFTESTAMENT"

Für die Errichtung eines ordnungsgemäßen privatschriftlichen Testamentes ist es notwendig, dass dieses handgeschrieben und unterschrieben ist. Ort und Datum sollten nicht fehlen. Diese Form, so der Stuttgarter Fachanwalt für Erbrecht Michael Henn, ist damit grundsätzlich auch in handschriftlichen Briefen gewahrt.

Hierbei stellt sich vor den Gerichten allerdings die Frage, ob ein derartiger, in einem Brief zum Ausdruck gebrachter letzter Wille auch „ernst zu nehmen" und damit anzuerkennen ist. Über einen derartigen Falln hatte das Schleswig-Holsteinische Oberlandesgericht zu befinden. Die Erblasserin formulierte in einem handschriftlichen Brief:

„Es freute mich, daß wir so harmonisch zusammen waren: Ho..., die R..., die Rostocker und Du liebes Brüderchen. Ich denke an T. H...s Tod, wenn mein Lebenslauf besiegelt ist, erbst du mein Geld,..."

Ein weiteres Testament hinterließ sie nicht. Nach ihrem Tode beantragte der hier so Begünstige unter Vorlage dieses Briefes beim zuständigen Nachlassgericht die Erteilung eines Erbscheines, der ihn als Alleinerben ausweisen sollte. Dieses wies den Antrag zurück. Hiergegen legte der Begünstigte Beschwerde ein. Das Landgericht Lübeck folgte nicht dieser Auffassung und wies das Nachlassgericht an, dem Begünstigten gemäß seinem Antrag einen Alleinerbschein zu erteilen. Die hiergegen gerichtete Beschwerde einer weiteren Familienangehörigen wies fünf Jahre später das Oberlandesgericht Schleswig mit Beschluss zurück. Die Entscheidung des Landgerichts sei in keiner Weise zu beanstanden und vertretbar, sodass der in dem Brief Begünstigte die Erbschaft nun auch tatsächlich erhält. Dieser Rechtsstreit hätte vermieden werden können, wenn die Erblasserin anstelle ihres Briefes ein einwandfreies Testament errichtet hätte.

Beschluss des OLG Schleswig, 3 Wx 58/04

RECHT IM GESPRÄCH

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar, stellt sich den Fragen unserer Leser

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand, wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wol*len helfen, mehr Licht in den Paragrafen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten oder zu aktuellen Themen Wissenswertes mitteilen.*

***Aber Achtung:** Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.*

Unsere Leserin Karla J. hat bereits vor vielen Jahren die beiden Hälften des ihr gehörenden Doppelhauses an ihren Sohn übertragen. Zur Absicherung hat sie sich ein Wohnungsrecht für die von ihr bewohnte Doppelhaushälfte im Grundbuch eintragen lassen. Nun beschäftigt sie folgende Frage: Welche Rechte hat sie, wenn sie aufgrund Alters oder Krankheit dort nicht mehr wohnen kann?

Dieses Problem taucht in letzter Zeit verstärkt in der veröffentlichten Rechtsprechung auf. Dabei kristallisiert sich heraus, dass die Gerichte hier sehr genau unterscheiden. Das reine Wohnungsrecht gibt tatsächlich nur das Recht, in dem Vertragsobjekt zu wohnen. Es ist ein persönliches Recht.

Sollte nun der Berechtigte das Recht nicht mehr ausüben können, so kann das Wohnungsrecht nicht einseitig umgewandelt werden. Es wäre ja denkbar, dass der neue Eigentümer (meist ein Kind des früheren Eigentümers) statt der Wohnungsgewährung zukünftig eine Rente zahlt. Auch könnte eine Vermietung erfolgen, um so dem Wohnungsberechtigten einen Ausgleich zahlen zu können. Allerdings müssen beide Seiten sich darüber einigen. Stellt sich einer quer, so bleibt es bei der bisherigen Regelung. Die Gerichte sehen in der Gewährung eines Wohnungsrechts gerade nicht einen Altenteilsvertrag, der bei Verlassen der Wohnung eine Geldrente als Ersatz ermöglicht. Eine Umdeutung oder Auslegung des Vertrages scheidet in den meisten Fällen ebenfalls aus, da jeder heute damit rechnen muss, dass sich sein Gesundheitszustand später einmal erheblich verschlechtert und ein Aufenthalt zum Beispiel in einem Pflegeheim notwendig wird.

Praxistipp: In den notariellen Überlassungsverträgen ist eine ausdrückliche Vereinbarung aufzunehmen, die diesen Fall regelt und zum Beispiel beim Verlassen der Wohnung aus gesundheitlichen Gründen eine „Ersatzrente" vorsieht. Statt des Wohnungsrechts kommt auch die Einräumung eines Nießbrauchsrechts in Betracht.

In der Frage unserer Leserin Marianne S. geht es um das Arbeitsrecht. Gerade in Krisenzeiten wird der Ton im Betrieb auch mal schärfer. Dies betrifft Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite. Aber wo ist die Grenze des arbeitsrechtlich Erlaubten überschritten?

Beispielhaft ist eine Entscheidung des Hessischen Landesarbeitsgerichts. Danach ist die Bezeichnung der Zustände im Betrieb als „schlimmer als in einem KZ" grundsätzlich geeignet, einen wichtigen Grund für eine fristlose Kündigung darzustellen.

Was war geschehen: In einem größeren Unternehmen arbeitete ein Mitte 50 Jahre alter Mitarbeiter seit mehr als 35 Jahren. Er war anerkannter Schwerbehinderter und Mitglied des Betriebsrats. Im Sommer 2007 kam es in dem Betrieb zu einem Gespräch dieses Mitarbeiters mit zwei Betriebsmeistern. Der Mitarbeiter habe in diesem Gespräch lautstark erklärt: „Das sind Arbeitsbedingungen wie im Konzentrationslager". Der Arbeitgeber beantragte aufgrund dieses Vorfalls die Zustimmung des Betriebsrats zur Kündigung des Betriebsratsmitglieds, weil er meinte, der Mitarbeiter habe eine grobe Beleidigung ausgesprochen. Der Betriebsrat verweigerte seine Zustimmung.

Der Antrag des Arbeitgebers auf Ersetzung der Zustimmung des Betriebsrats zur außerordentlichen Kündigung des Mitarbeiters blieb auch in der 2. Instanz ohne Erfolg. Zwar beeinträchtige eine derart schwerwiegende Ehrverletzung gegenüber den Repräsentanten der Arbeitgeberin konkret das Arbeitsverhältnis zu dem Mitarbeiter. Allerdings sah das Beschwerdegericht unter Abwägung der Interessen der Arbeitgeberin und des zu kündigenden Mitarbeiters im konkreten Einzelfall eine außerordentliche Kündigung als nicht gerechtfertigt an. Das wäre Voraussetzung für die Ersetzung der Zustimmung des Betriebsrats gewesen.

Natürlich habe der Arbeitgeber ein berechtigtes Interesse, von einem Arbeitnehmer nicht beleidigt zu werden und müsse seine Repräsentanten vor Beleidigungen schützen. Auf Seiten Mitarbeiters müsse aber berücksichtigt werden, dass es sich um eine einmalige Verfehlung dieser Art in einer 35-jährigen Betriebszugehörigkeit gehandelt habe. In Rahmen einer Abwägung kam das Landesarbeitsgericht in diesem Einzelfall zu dem Ergebnis, dass unter Berücksichtigung des Lebensalters und der sozialen Belangen des Mitarbeiters dessen Interesse am Fortbestand des Arbeitsverhältnisses gegenüber dem der Arbeitgeberin an dessen Beendigung überwiege.

Tipp: In diesen schwierigen arbeitsrechtlichen Themen ist stets der Fachanwalt der richtige Ansprechpartner vor einer schnellen und eventuell unberechtigten Kündigung.

Schreiben Sie uns: rechtsfragen@mitmagazin.com

AKTUELLE URTEILE

Abstand halten !

BGH; Urteil vom 06.10.2009; VI ZR 316/08

Im Straßenverkehr lebt es sich gefährlich. Deshalb gilt in der Rechtsprechung folgender Grundsatz: Ein Autofahrer hat sich auch beim Ein- und Aussteigen so zu verhalten, dass kein anderer Verkehrsteilnehmer gefährdet wird. Der Bundesgerichtshof entschied hierzu einen Fall, der jeden Tag passieren kann. Der Fahrer des Pkw beugt sich bei geöffneter Tür noch einmal ins Auto, als ein vorbeifahrender Lkw mit der Tür kollidiert.

Grundsätzlich spricht bereits der Anscheinsbeweis gegen den Pkw-Fahrer, wenn ein anderer Verkehrsteilnehmer beim Ein- oder Aussteigen zu Schaden kommt. Trotzdem ging der BGH hier von einer Haftungsquote von je 50 % aus. Grund: Der Lkw ist an dem Pkw mit einem Abstand von lediglich 0,95 Meter vorbeigefahren. Dieser zu geringe Sicherheitsabstand rechtfertigt die hälftige Haftungsverteilung.

Man sollte seine Vertragspartner kennen !

BGH; Beschluss vom 21.09.2009; II ZR 264/08

In Publikumsgesellschaften oder anderen sehr großen BGB-Gesellschaften kann es schon mal vorkommen, dass nicht jeder Gesellschafter den anderen kennt. Der Bundesgerichtshof war mit einem Revisionsverfahren befasst, in dem eine Gesellschafterin von der Gesellschaft Auskunft bezüglich der Namen und Anschriften ihrer Mitgesellschafter haben wollte.

In der zweiten Instanz hatte die Gesellschafterin gesiegt. Der BGH wies in einem Beschluss die Parteien darauf hin, dass die Revision der Gesellschaft keine Aussicht auf Erfolg hat. Die Gesellschafterin hat gegen die Gesellschaft einen Auskunftsanspruch aus § 716 BGB. Wenn die entsprechenden Daten in der EDV erfasst sind, kann sie sogar einen Ausdruck der geforderten Informationen verlangen. Eine anders lautende Regelung im Gesellschaftsvertrag ist nach Auffassung des BGH unwirksam. Zusammengefasst: Das Recht, seine Vertragspartner zu kennen, ist so selbstverständlich, dass es nicht ausgeschlossen werden kann.

Drum prüfe, wer sich ewig trennt

OLG Saarbrücken; Beschluss vom 14.09.2009; 6 WF 98/09

Möchte sich eine Ehepaar vor dem Familiengericht scheiden lassen, so müssen die Eheleute seit einem Jahr getrennt von einander leben (§ 1566 BGB). In dieser Zeit haben die Eheleute damit Gelegenheit, ihre Trennungs- und Scheidungsabsichten zu hinterfragen. Auch eine Versöhnung darf versucht werden.

Das Oberlandesgericht Saarbrücken hatte in einem Ehescheidungsverfahren zu entscheiden, ob das Trennungsjahr bereits abgelaufen war. Die Eheleute hatten während der Trennungsphase für drei Monate und 29 Tage einen Versöhnungsversuch unternommen. Das war dem OLG dann doch zu lang. § 1567 II BGB bestimmt, dass das Zusammenleben über kürzere Zeit die in § 1566 BGB bestimmte Frist (Trennungsjahr) nicht unterbricht oder hemmt. Ein Versöhnungsversuch von mehr als drei Monaten hat nach einheitlicher Rechtsprechung zur Folge, dass das Trennungsjahr wieder von vorne beginnt. Der Scheidungsantrag war somit verfrüht eingereicht und abzuweisen.

Lohnsteuer fürs Auto !

BFH; Beschluss vom 23.04.2009; VI B 118/08

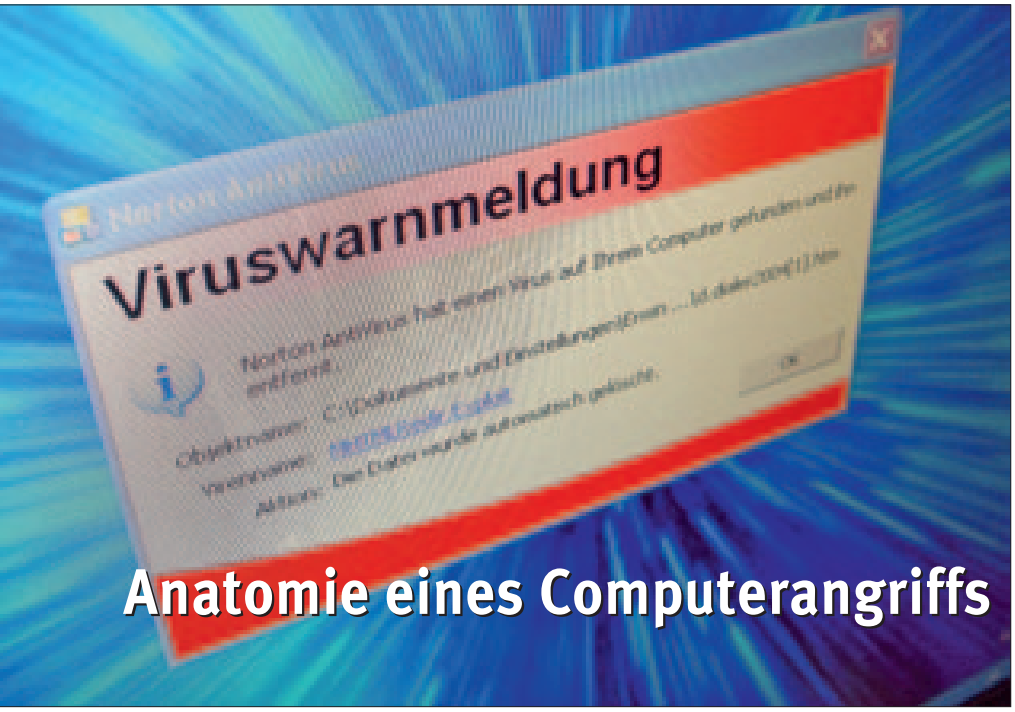
Der Fall ist nicht selten! Der Gesellschafter-Geschäftsführer eine GmbH fährt einen so genannten „Dienstwagen“ und darf ihn auch privat nutzen. Basiert diese private Nutzung auf einer ausdrücklichen Absprache im Anstellungsvertrag, dann ist die Privatnutzung als lohnsteuerlich erheblicher Vorgang zu werten. Dies stellt der Bundesfinanzhof erneut klar. Klar ist danach aber auch: Wird das Auto vertragswidrig privat genutzt, so ist dieser Vorteil nicht stets als Arbeitslohn zu bewerten.

Ein Schnäppchen: Porsche für 5,50

LG Koblenz; Urteil vom 18.03.2009; 10 O 250/08

Zu früh freute sich der Bieter in einer Internetauktion. Er bot einen Betrag von 5,50 Euro auf einen gerade eingestellten Porsche 911/997 Carrera 2S Coupe mit einer Laufleistung von ca. 5.800 km. Bereits nach acht Minuten beendete der Anbieter die Auktion ohne Angabe von Gründen. Der Kläger war Höchstbietender geblieben. Er will nun von dem Anbieter Schadensersatz in Höhe von 75.000,00 Euro, da dieser nicht bereit war, das Fahrzeug zu liefern.

Das Landgericht Koblenz bejahte zwar grundsätzlich einen Kaufvertrag zwischen den Parteien dieser Auktion. Es schloss die Durchsetzung der Ansprüche des Bieters aber nach § 242 BGB aus. Die Grundsätze von „Treu und Glauben“ stehen den Ansprüchen des Klägers entgegen. Eine Verpflichtung zum Schadensersatz bedeute hier eine mit der Gerechtigkeit nicht zu vereinbarende Benachteiligung des Beklagten. Dieser hatte das Angebot fehlerhaft ins Internet gestellt und den Fehler auch gleich bemerkt. Allerdings dauerte das Ausfüllen und Absenden des vom Plattformanbieter vorgesehenen Formulars für die vorzeitige Beendigung des Angebots acht Minuten. Zu berücksichtigen ist nach Auffassung des LG Koblenz auch, dass der Bieter selbst nicht ernsthaft annehmen konnte, das Fahrzeug für einen Preis von 5,50 Euro zu ersteigern, wo er doch selbst von einem Wert von ca. 75.000,00 Euro ausging.



Anatomie eines Computerangriffs

Nicht der Wurm ist die größte Gefahr, sondern die Nachlässigkeit von Anwendern, die Passwörter wie „123456“ nutzen oder ihr System nicht auf dem neuesten Stand halten

Die Meldungen in den Medien sind manchemal besorgniserregend: 50 Millionen geschädigte Computer. Doch was steckt hinter dem „größten Wurmausbruch aller Zeiten“?

Sogar die Bundeswehr hatte es erwischt: Ein weltweit grassierender Computerwurm befiel einige hundert Rechner der Militärs. Schon seit längerem treiben unterschiedlich als „Downadup“ und „Conficker“ bezeichnete Schadprogramme weltweit ihr Unwesen in Computernetzen.

Der Wurm richtet mit den Daten eines Rechners scheinbar keinen größeren Schaden an. Doch das befallene Gerät lässt sich via Internet für illegale Aktionen missbrauchen. Kriminelle können damit ein Netzwerk aus gekaperten Rechnern aufbauen. Anschließend zweigen sie bei jedem System einen Teil der Rechenkapazität ab, zum Beispiel für ferngesteuerte Angriffe auf andere Rechner oder das massenhafte Versenden von unerwünschten Werbemails (Spam).

Der von einem unbekannten, kriminellen Programmierer geschriebene Computerwurm springt in einem ungeschützten Netzwerk relativ ungehindert von einem System zum anderen und verbreitet sich rasch weiter. Er schleicht sich über eine Windows-Sicherheitslücke aus dem Internet ein. Als zweiten Infektionsweg nutzt er USB-Sticks.

Bis zu 50 Millionen befallene Computer?

Auf diesen Datenträgern sucht Windows automatisch nach Programmen und führt sie aus. Die bequeme, aber gefährliche Funktion ist auf vielen Computern angeschaltet. Nach einer Studie des „Netzwerks Elektronischer Geschäftsverkehr (NEG)“ gibt es bei zwei Drittel der befragten Unternehmen keine Zugriffsbeschränkung bei USB-Anschlüssen. Alle Mitarbeiter können sie uneingeschränkt verwenden und damit sehr leicht einen Wurm wie „Conficker“ einschleppen.

Sobald es dem Wurm gelungen ist, sich selbst zu starten, wird er aktiv: Er testet alle Verbindungen innerhalb eines möglicherweise vorhandenen lokalen Netzwerks, um sich weiterzuverbreiten. Dafür probiert er simple Passwörter wie „admin123“ oder „secret“ aus. Hat er damit Erfolg, kann er auf den Systemen wie ein angemeldeter Benutzer agieren.

Irgendwann tauchten die ersten Meldungen über den Wurm auf. Wenig später nahm er dann richtig Fahrt auf: Der finnische Antivirenhersteller F-Secure sprach in einer Pressemeldung von 2,5 Millionen infizierten PC. Wenige Tage später war von neun Millionen betroffenen Computern die Rede.

Einige Experten unken von bis zu 50 Millionen befallenen Geräten. Mikko Hyppönen, Chef-Forscher bei F-Secure, bezeichnet die Conficker-Epidemie als einen der größten Wurmausbrüche seit langer Zeit. Doch schon bald schloss Microsoft genau jene Sicherheitslücke in Windows, die der Wurm ausnutzte.

Nachlässigkeit hilft bei der Verbreitung

Offensichtlich sind vor allem schlecht gewartete Computer das Einfallstor für Würmer. Neben der Bundeswehr erwischte es auch Universitäten, die Kärntner Landesregierung, das britischen Verteidigungsministerium und das französische Militär. Der Wurm konnte sich nach der Erstinfektion innerhalb der befallenen Netzwerke extrem rasch verbreiten.

IT-Sicherheitsexperte Klaus Rodewig, Geschäftsfeldleiter Technik der TÜV Rheinland Secure iT GmbH, sieht vor allem schwache Kennwörter als Grund: „Wir prüfen regelmäßig die Sicherheit in Unternehmensnetzwerken und finden unglaublich oft leicht zu erratende Passwörter.“ Klaus Rodewig kennt den Alltag in großen Unternehmensnetzen. „Je größer ein Netzwerk ist, desto schwieriger ist die technische Kontrolle.“ Viele Serveradministratoren wollen sich nicht dutzende Passwörter merken. Also vergeben sie genau die Simpelkennwörter, die einen Wurm wie Conficker so erfolgreich machen.

Doch es gibt Schutz: Ein sinnvolles und überlegt ausgearbeitetes Sicherheitskonzept anhand der IT-Grundschutzkataloge des „Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)“. Dies ist selbst für sehr kleine Firmen und Selbstständige die bessere Lösung.

Gut geschützte und penibel aktualisierte Systeme sind normalerweise nicht von solchen Wurmausbrüchen betroffen. Nicht der Wurm war die größte Gefahr, sondern die Nachlässigkeit von Anwendern, die Passwörter wie „123456“ nutzen, Windows nicht auf dem neuesten Stand halten und private USB-Sticks auf dem Büro-PC nutzen.

Ingo Steinhaus

Landrat Dr. Volkram Gebel

Sparkassen – Immer noch ein verlässlicher Partner des Mittelstandes

Das neue Sparkassengesetz in Schleswig-Holstein trifft längst nicht überall auf Zustimmung

Die weltweite Finanzkrise hat nicht nur global operierende große Geschäfts- und Investmentbanken – wie etwa Lehmann – in große Bedrängnis gebracht oder sogar vom Markt verschwinden lassen. Auch viele wichtige Landesbanken sind in arge Bedrängnis geraten. Und ohne die schnelle und umfassende Hilfe des Staates hätten viele nicht überlebt. Dies hätte gewaltige Schäden nicht nur für die Kunden, sondern die gesamte Wirtschaft verursacht. In jedem Fall hat die Finanzkrise das Vertrauen in die Finanzwelt und speziell in Banken und Ratingagenturen tief erschüttert. Zugleich führte sie nicht nur zu dramatischen Wertverlusten für Privatanleger und Unternehmen, sondern das Wort von der „Kreditklemme“ geisterte auch im Gefolge der Finanzkrise verstärkt durch die Wirtschaftswelt. Allerdings hat die Finanzkrise nicht alle Banken und Kreditinstitute gleichermaßen getroffen.

Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken scheinen trotz des schwierigen Umfeldes eher als Gewinner aus dieser Situation hervorzugehen. So konnten Sparkassen hohe Zuwächse im Einlagengeschäft verzeichnen und viele neue Kunden, auch größere Mittelständler, gewinnen. Hier zeigt sich, dass insbesondere die regionale Verankerung dieser öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute ein großes Plus darstellt. Ortsnähe, Kunden- und Branchenkenntnisse sowie Professionalität garantieren, dass immer individuelle, auch für kleinere und mittlere Unternehmen passgenaue Kreditangebote bereitgestellt werden.

Trotz ihrer inzwischen mehr als 200jährigen Geschichte hat sich deshalb gerade in der Finanzkrise gezeigt, dass sich die Sparkassen-Idee nicht überlebt hat und diese vielmehr ein Garant dafür ist, dass auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die in der Region ansässigen Kunden, Unternehmen, Vereine, Verbände, gesellschaftliche Einrichtungen Kredite erhalten können und damit „flüssig“ bleiben.

Natürlich gab und wird es auch immer wieder in einzelnen Instituten Probleme und Schieflagen geben. In der Regel handelt es sich dabei aber nicht um Strukturdefizite, sondern Managementfehler, die sich in einer allgemeinen Finanzkrise doppelt auswirken. Aber hier sorgt das Sicherungssystem der Sparkassenfamilie dafür, dass dies nicht zu Lasten der Kunden geht.

Nach alledem fragt man sich, warum z.B. in Schleswig-Holstein das Sparkassengesetz geändert werden soll. Zwar ist jede gesetzliche Initiative zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung zu begrüßen, aber zusätzliches frisches Kapital ließe sich auch durch Haftungseinlagen stiller Gesellschafter erreichen. Solche atypischen stillen Einlagen von öffentlich-rechtlichen Sparkassen würden den stillen Gesellschaftern eine gewinn- und ausschüttungsabhängige Kapitalbeteiligung sowie Mitwirkungsrechte im Aufsichtsorgan der Sparkasse ermöglichen.

Auch in Zukunft werden Sparkassen in unserem dreigliedrigen Bankensystem gerade für den Mittelstand da sein.

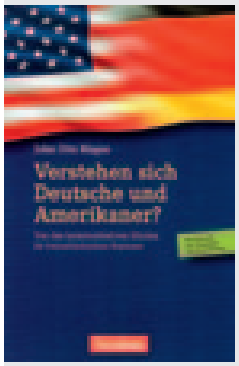
NOVELLIERUNG DES SPARKASSENGESETZES

Im Februar 2010 hat die CDU/FDP-Landesregierung in Kiel ein neues Sparkassengesetz in den Landtag eingebracht. Ziel ist es, öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten aus anderen Ländern den Einstieg bei Sparkassen in Schleswig-Holstein zu ermöglichen. Sie sollen sich mit bis zu 25,1 Prozent beteiligen dürfen. So werde den Sparkassen eine bessere Eigenkapitalausstattung ermöglicht. Im Kern handelt es sich wohl um eine „Lex Haspa“, denn seit langem strebt die Hamburger Sparkasse eine solche Beteiligung im Nachbarland an. Das Gesetz, das im Sommer verabschiedet werden soll, trifft bei Gewerkschaften und beim Sparkassen- und Giroverband auf Skepsis.

Dr. Volkram Gebel ist Landrat des Kreises Plön in Schleswig-Holstein und Vorsitzender des Verwaltungsrates der Förde Sparkasse Kiel

BÜCHER

Verstehen sich Deutsche und Amerikaner?
John Otto Magee
Broschur, 180 S., 14,95 Euro
Cornelsen, ISBN 978-3-589-23714-2



Seit der Wiedervereinigung sind die US-Investitionen in Deutschland um das Vierfache gestiegen, deutsche Unternehmen investieren das Siebenfache in den USA. Und dennoch: Warum scheitern so viele transatlantische Unternehmenszusammenschlüsse? Das Buch handelt auch von kommunikativen Hürden im transatlantischen Business. Der Autor lebt und arbeitet seit über 20 Jahren in Deutschland. Er arbeitete u.a. für die Union und für Siemens als Berater für transatlantische Beziehungen.

Management by Sokrates
Niehaus/ Wisaniewski
248 S., 19,95 Euro
Cornelsen, ISBN 978-3-589-23676-3

Philosophie und Wirtschaft miteinander ins Gespräch zu bringen, das ist die Ausgangsidee dieses Buches. Dabei geht es nicht um den moralischen Zeigefinger, der in Zeiten von Krisen und offensichtlichem Fehlverhalten eines ganzen Managerkaste allzu leicht erhoben wird. Der Band will vielmehr ein philosophisches Denken, ein sokratisches Philosophieren aufzeigen.

Neuorientierung für Führungskräfte
Geb., 192 S., 24,90 Euro
Orell Füssli, ISBN 978-3-280-05326-3

Selbst Führungskräfte sind heute vor plötzlichen Kündigungen nicht mehr sicher. Wenn dieser Fall eintritt, gilt es, bald wieder handlungsfähig zu werden. Michael Lorenz und Uta Rohrschneider zeigen in ihrem Ratgeber, wie man berufliche Umbruchsituationen erfolgreich meistert. Das Buch bietet fundierten Rat für Führungskräfte, wie sie als Berater in eigener Sache das Beste aus ihrer Situation machen.

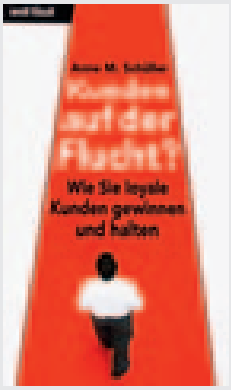
Wohne bei Dir selbst
Abt Johannes Eckert
Geb., 160 Seiten, 16,95 Euro
Kösel Verlag, ISBN 978-3-466-36840-2

Der Autor, 40-jähriger Benediktinermönch und Abt der Abtei St. Bonifaz in München und Andechs, gestaltet neben seinen vielfältigen seelsorgerischen Tätigkeiten auch Manager-Exerzitien. Und so behandelt er in diesem Buch Themen wie „Auf einem Klosterrundgang sich selbst entdecken“, „Der Klosterplan als Checkliste von Lebensaufgaben“ oder „Spirituelle Lebenshilfe aus klösterlich-benediktinischer Tradition“.

Going Tax!
S. Steinhoff
Brosch., 166 S.
nwb, ISBN 978-3-482-59971-2

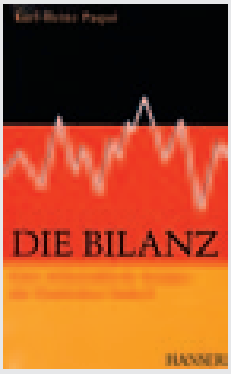
Der Autor (29) absolvierte nach seinem BWL-Studium das Steuerberaterexamen und berichtet in diesem Buch über seine Erlebnisse. Unterhaltsam und charmant ist seine Erzählweise über seinen Weg zum Steuerberater. Er lässt alle, die sich auf diesem Weg befinden oder ihn einschlagen möchten an seiner Erfahrung, auf dem „Weg, verrückt zu werden“ teilhaben.

Kunden auf der Flucht
Anne M. Schüller
Geb., 208 S., 26,90 Euro
Orell Füssli, ISBN 978-3-280-05382-9



Unternehmen haben es zunehmend mit einem neuen Phänomen zu tun: dem flüchtenden Kunden. Weder Kundenbindungsprogramme noch Wechselbarrieren schaffen es heute noch, Bleibefreude zu erzwingen. Worauf kommt es künftig in Sachen Kundenpflege an? Was muss ein Unternehmen tun, um dauerhafte Kundenloyalität zu bewirken? Die Autorin versucht sich anschaulich und praxisnah an einigen Lösungsansätzen.

Die Bilanz
Karl-Heinz Paqué
Geb., 310 S., 19,90 Euro
Hanser, ISBN 978-3-446-41958-2



Ist die Deutsche Einheit gescheitert? 20 Jahre nach dem Fall der Mauer wird diese Frage vielerorts mit Ja beantwortet, und zwar vor allem aus wirtschaftlichen Gründen. Die ostdeutsche Wirtschaft stagniert, die Bevölkerung schrumpft, westdeutsches Steuergeld fließt in Fässer ohne Böden. Die Diagnose des Autors lautet: Nicht das Erreichte ist enttäuschend, sondern die Erwartungen waren viel zu hoch. 40 Jahre Abschottung vom Weltmarkt haben tiefe Spuren im Osten hinterlassen. Die Folgen zu überwinden braucht Zeit.

Droht uns Altersarmut?

Gesundheitspolitische Fachtagung der MIT in Mainz

Der Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte (bdvbe.V.) und die Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU Rheinland-Pfalz veranstalteten Ende Februar ihre dritte gemeinsame gesundheitspolitische Fachtagung, diesmal in Kooperation mit CDA, Frauen Union, Senioren Union und dem Deutschen Senioren Ring. Thema: „Mitten im Leben – droht die Altersarmut?“

MIT–Landesvorsitzender Josef A. Geyer und die Präsidentin des bdvb, Prof. Dr. Cornelia Scott begrüßten rund 120 Teilnehmer aus Wirtschaft und Politik. Dr. Christoph von Rothkirch nannte die Basisdaten: 2015 gibt es einen Arbeitskräftemangel von drei Millionen, 2030 von 15 Millionen. Die Antwort darauf: Bildung, frühkindliche Förderung, Arbeitszeit erhöhen, mehr Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Menschen. Für die Parl. Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Annette Widmann-Mauz MdB, ist der Lebensstil entscheidend: Gesundheitsbewusstsein, Mobilität und intakte soziale Verhältnisse. Dieses Ziel verfolgt die Initiative für Gesunde Ernährung und Bewegung des BMG „in Form“. Wirksame Prävention muss bei Kinder und Jungendlichen beginnen.

Prof. Dr. Bert Rürup sieht die demographische Verschiebung als einen schleichenden Prozess, der aber Chancen der Gestaltung bietet. Die Lebenserwartung ist um 30 Jahre gestiegen, doch die Erwerbsbevölkerung schrumpft doppelt so schnell. Bis 2030 droht eine 17prozentige Leistungsabnahme des Produktionsfaktors Arbeit. Das erfordert Veränderungen in den sozialen Sicherungssystemen. Die Attraktivität der kapitalgedeckten und gesetzlichen Renten ist durch Anreize zu steigern. Auch Selbstständige sollten in ein obligatorisches System aufgenommen werden. Wachstum und Beschäftigung sind demnach die Schlüssel der Zukunftssicherung .

Klaus Kober vom bdvb, Mitorganisator der Tagung, stellte das Konzept für die „Seniorenuntersuchung S1“ dar. Ziel dieser Initiative ist eine allgemein anerkannte Empfehlung für den Hausarzt bei der Vorsorge für Menschen ab 60. Im Vordergrund steht Beratung für einen gesunden Lebensstil. Nach Dr. Andreas-Georg Kiefer, Präsident der Landesapothekenkammer Rheinland-Pfalz, werden die Arzneimittelkosten nicht wesentlich steigen. Die Kosten für Medikamente in Deutschland betragen 35 Milliarden Euro, davon sind 30 Milliarden verschreibungspflichtig. Auf innovative Produkte entfallen 18 Milliarden Euro.

Dr. Fred-Holger Ludwig, MIT-Gesundheitskommission, stellte fest, dass Prävention den einzelnen Bürgern und Familien selbst überlassen ist. Er sieht Prävention als gesamte Motivation der Lebensführung. MIT-Landesgeschäftsführer Helmut Klapheck fasste die Aussagen der Experten zusammen und dankte allen Mitwirkenden für wertvolle Impulse für die politische Arbeit der MIT.

Eine große Schar von Referenten lieferte viele Fakten und Informationen sowie reichlich Stoff für lebhafte Diskussionen

Die 5 häufigsten Fehler

Adressen und Datenbanken

Jedes Kapitel der Marketing-Attacke bietet 10 ganz konkrete Tipps im Checklisten-Charakter. An den Kapitel-Enden haben die Fachautoren fünf häufige Fehler zu ihrem Thema aufgelistet, die es unbedingt zu vermeiden gilt. Mit einem Augenzwinkern verstärkt die Fehlerübersicht die Kapitelinhalte und erinnert immer wieder sanft daran, kritisch zu prüfen.

Fünf häufige Fehler, die in Datenbanken und bei der Eingabe vorkommen

- **Bei der Eingabe der E-Mail wird ein Leerzeichen voran oder nachgestellt**, deshalb werden keine E-Mails zugestellt. **Ein anderes Problem:** Leerzeichen nach Vornamen oder Postleitzahlen. Die Folge: Sie haben immer ein Leerzeichen zuviel auf Ihren Dokumenten, da die Datenbank automatisch zwischen Vorname und Nachname ein Leerzeichen vorsieht.
- **Es wird die falsche Anrede vergeben.** Ihr Leser ärgert sich garantiert.
- **Adressen aus dem Ausland werden nicht als solche gekennzeichnet.** Dies ist gerade bei Mailingaktionen ärgerlich. Im schlimmsten Fall muss Ihr Kunde, der nicht in Ihrem Land sitzt, das fehlende Porto aufzahlen.
- **Haben Sie Ihre Dubletten im Griff?** Regelmäßige Dublettenprüfungen nach verschiedensten Kriterienkatalogen sind nicht nur wichtig, sondern können auch richtig viel Geld sparen.
- **Bei der Eingabe werden Buchstaben vertauscht.** Gerade wenn man am Telefon Daten aufnimmt, wird schnell aus einem „P“ ein „B“ oder „ß“ zu „ss“. Nachfragen hilft! Grundsätzlich braucht Ihre Datenbank ein System, das solche Fehler findet.

Mehr Tipps und Checklisten finden Sie im Fachbuch „Marketing-Attacke“. Denn das Buch weist nicht nur auf häufige Fehler hin, sondern gibt auch konkrete Ratschläge, wie man sein Marketing verbessern kann.

Konkretes Expertenwissen – sofort anwendbar im praktischen Checklistenformat **www.sgv-verlag.de.**

Sparforderungen an Landesregierungen

Auf ihrer zweiten gemeinsamen Klausurtagung haben die Landesvorstände der MIT Hamburg und Schleswig-Holstein einen Spar-Appell an die Regierungen in Hamburg und Schleswig-Holstein gerichtet. Die MIT-Vorstände fordern u. a., auf den Bau der Stadtbahn in Hamburg und Lübeck sowie auf die Einführung von Umweltzonen zu verzichten. Das gesetzlich eingeführte Schuldenverbot ist in jedem Fall beizubehalten. „Wir sind das Sprachrohr des Mittelstandes in Hamburg und Schleswig-Holstein und blicken momentan mit großer Sorge auf die Finanzlage der beiden norddeutschen Bundesländer. Sparen muss oberste Priorität haben“, sagt Hjalmar Stemmann, MdHB, Landesvorsitzender der MIT Hamburg. „Mit unseren Beschlüssen formulieren wir die aus unserer Sicht momentan wichtigsten Punkte und Forderungen, um aus der Haushaltskrise in absehbarer Zeit gestärkt heraus zu gehen“, sagt Momme Thiesen, Landesvorsitzender der MIT Schleswig-Holstein. Als Gastredner begrüßten die beiden Landesvorsitzenden den Hamburger Wirtschaftssenator Axel Gedaschko, den schleswig-holsteinischen Innenminister Klaus Schlie, den Mittelstandsbeauftragten der schleswig-holsteinischen Landesregierung Hans-Jörn Arp (MdL), den Vorstandsvorsitzenden der EON Hanse AG Dr. Hans-Jakob Tiessen sowie Prof. Dr. Manfred Weber, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Banken.

Organisationsstärke weiter ausbauen

Politische Schlagkraft bedarf auch sehr guter Organisation. Deshalb unsere Bitte: Halten Sie uns auf dem Laufenden!

Die MIT und die CDU sind aufgrund des Parteiengesetzes verpflichtet, eine zentrale Datenbank mit all ihren Mitgliedern zu führen. In dieser Mitgliederdatei werden alle Zuwendungen an die CDU und ihre Vereinigungen, also auch an die MIT, transparent gespeichert. Besonders wichtig aber ist: In dieser zentralen Datenbank, die bei der Unions Betriebs-GmbH (UBG) geführt und mit den lokalen Datenbanken der CDU- bzw. MIT-Geschäftsstellen ständig abgeglichen wird, sind auch die Mitgliedsdaten der MIT gespeichert. Diese Daten können, natürlich unter Berücksichtigung des gesetzlichen Datenschutzes, von der MIT für regionale oder auch bundesweite Kampagnen und Aktionen genutzt werden, ihre Aktualität ist also sowohl für die politische Kampagnefähigkeit als auch zur Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Rechenschaftslegung von größter Bedeutung.

Die Aktualisierung aller Mitgliedsdaten erfolgt zum Teil durch die CDU-Geschäftsstellen, zum Teil durch die MIT-Geschäftsstellen und auch direkt durch die UBG. Deshalb unsere herzliche Bitte an Sie: Wenn sich bei Ihnen eine Anschriftenänderung ergibt, teilen Sie dieses bitte umgehend Ihrer MIT-Geschäftsstelle mit. Diese wird dann dafür Sorge tragen, dass die UBG die Änderungen erhält und entsprechend bearbeitet bzw. einpflegt. Dies gilt auch bei Änderungen Ihrer Kommunikationsdaten: Telefon-, Handy- und Fax-Nummer, und der E-Mail-Adresse. Die UBG trägt dann dafür Sorge, dass aus der zentralen Datenbank die gesetzlichen Anforderungen an die CDU und die MIT erfüllt werden. Schon jetzt herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit!

Guttenberg zu Gast im Eichsfeld

Foto: Streiflicht

Karl-Theodor zu Guttenberg bleibt sich treu und behält auch als Bundesverteidigungsminister den Mittelstand im Herzen

„Ich bin froh, einmal dem Theaterdonner in Berlin, dem märkischen Treibsand, entflohen zu sein und festen Thüringer Boden zu betreten!“ Mit diesen Worten begrüßte Bundesminister Karl-Theodor zu Guttenberg die über 700 Gäste der MIT Eichsfeld beim traditionellen Schlachte-Essen in Birkungen. Der beliebte Bundespolitiker gab Autogramme, schüttelte volksnah Hände und trug sich in das Goldene Buch der Stadt ein. Der MIT-Kreisvorsitzende und stellvertretende MIT-Landesvorsitzende Peter Heimbs begrüßte zu Guttenberg als „treuen Freund des Mittelstandes“. „Wir waren froh über die Ablösung der Großen Koalition in Berlin, aber das öffentliche Bild der christlich-liberalen Koalition ist desaströs“, monierte Heimbs. Minister zu Guttenberg dankte für die „wohltuend offenen“ Worte: „Man darf auch mal den Eindruck hinterlassen, dass man auch miteinander regieren will!“ Der jetzt hysterisch schrille Ton sei nur auf den Wahltag in Nordrhein-Westfalen ausgerichtet. „Die Leute haben die Schnauze gestrichen voll!“ sagte zu Guttenberg. Es bedürfe weder schriller Töne noch eines Pauschalurteils. Vielmehr müsse der große, ganze und sachliche Blick wieder in den Vordergrund rücken.

Wachstumsbranche Gesundheit

Das Thema Gesundheit wird in der politischen Diskussion vorwiegend unter Kostengesichtspunkten diskutiert. Selten geht es um die Potenziale dieser Wachstumsbranche. Auch im Hochsauerlandkreis bzw. in der ganzen Region Südwestfalen spielt die Gesundheitswirtschaft eine wichtige Rolle. Viele tausend Menschen arbeiten in diesem Bereich: in Krankenhäusern und Apotheken, in medizinisch geprägten Unternehmen und Arztpraxen. Hinzu kommen zahlreiche Ausbildungsplätze, die jungen Männern und Frauen berufliche Perspektiven bieten. Vor diesem Hintergrund führte die MIT im Hochsauerlandkreis (HSK) eine Informationsveranstaltung mit anschließender Podiumsdiskussion in den Caritas Werkstätten Brilon durch. Neben dem Landtagsabgeordneten des HSK Hubert Kleff, MdL, beantworteten Fachleute aus unterschiedlichen Bereichen der Gesundheitswirtschaft des Sauerlandes unter Leitung des MIT-Vorsitzenden Ulrich Klein die Fragen der interessierten Bürgerinnen und Bürger aus der Region.

Diskussion zum Gesundheitsmarkt mit Potenzialen (v.l.n.r.): **Werner Ernst** (Fachkrankenhaus Kloster Grafschaft), **Nadine Möller** (Brancheninitiative Gesundheitswirtschaft Südwestfalen), **Dr. Hans-Heiner Decker**, (Ärztegenossenschaft und Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe), **Matthias Kerkhoff** (stellv. CDU-Vorsitzender im HSK), **Heinz-Georg Eirund** (Caritasverband Brilon), **Ulrich Klein** und **Hubert Kleff**, MdL

MEHR ENGAGEMENT IN DER WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Klaus-Dieter Breitschwert, MdL und Kreisvorsitzender der MU Ansbach, sieht Nachholbedarf in der Wirtschaftsförderung von Stadt und Landkreis Ansbach. „Angesichts der Schwierigkeiten in der Wirtschaft gilt es, über den Tellerrand der Kommunalgrenzen hinweg die Region zu stärken“, sagte Breitschwert. Anlass für die Kritik ist der Weggang des Ansbacher Wirtschaftsförderers und die Ankündigung der parteilosen Oberbürgermeisterin Seidl, die Stelle nicht neu zu besetzen. Dass nun niemand mehr „auf Augenhöhe mit der Wirtschaft spreche“, sei nicht nur ein schlechtes Zeichen, sondern sogar „eine Katastrophe“ ergänzte der stellvertretende Kreisvorsitzende Volker Dorn. „Der Mittelstand wünscht sich eine koordinierte Wirtschaftspolitik, die ihm in der Region Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Deshalb fordern wir eine sofortige Neubesetzung der Stelle mit einem Mann oder einer Frau des Mittelstandes“, sagte Breitschwert abschließend.

MU Tirschenreuth ehrt Karl Witt

Mehr als 17 Jahre und somit fast die Hälfte der 35-jährigen Geschichte des Kreisverbandes hat Karl Witt die MU Tirschenreuth geführt. Der neue Kreisvorsitzende Leonhard Zintl dankte ihm dafür auf einer eigens einberufenen Festveranstaltung mit zahlreichen Mitgliedern und Freunden der MU. In seiner Rede errechnete Zintl, dass Witt im Rahmen seiner MU-Tätigkeit zusammenaddiert mehr als zwei mal um die Welt gefahren sei. Nach Zintl gratulierte Tobias Reiss, MdL: „In Zeiten, in denen der nächste Quartalsbericht von vielen Konzernen wichtiger ist als die Menschen, die dort arbeiten, zeigt sich einmal mehr, welch fundamentale Bedeutung der Mittelstand für unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hat. Denn er verkörpert Werte wie Menschlichkeit, Anständigkeit und Verlässlichkeit.“ Auch der stellvertretende CSU-Kreisvorsitzende Christian Baur reihte sich bei den Gratulanten ein. Die MU-Kreisvorsitzenden der Nachbarlandkreise, Harald Gollwitzer und Bernhard Schlicht überbrachten ebenfalls Glückwünsche. Gollwitzer, der auch im Namen des Bezirksverbandes gratulierte, nannte Witt einen „original Schwarzen, wie ihn man sich immer gewünscht hat.“

Unser Foto zeigt von links: MU-Kreisvorsitzender **Leonhard Zintl**, Ehrenvorsitzender **Karl Witt mit Frau**, stellv. CSU-KV **Christian Bauer** und MdL **Tobias Reiss**

Die Mitglieder der MIT

Prof. Georg-Berndt Oschatz
Direktor des Bundesrates a.D.

Prof. Georg-Berndt Oschatz war Landtagsabgeordneter und Kultusminister in Niedersachsen, Oberbürgermeister von Wiesbaden und von 1987 bis 2002 Direktor des Bundesrates.1999 wurde er an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, an der er auch Lehraufträge übernommen hatte, zum Honorarprofessor ernannt. Mit Überzeugung wurde er Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. „Ich teile gemeinsam mit dem Mittelstand und der MIT das Verständnis von Eigenverantwortung, Pflichtbewusstsein, unternehmerischer Freiheit und Subsidiarität. Dies sind die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie einst Ludwig Erhard in Deutschland einführte. Heute sind sie vielerorts in Vergessenheit geraten. Meine Mitgliedschaft und mein Engagement in der MIT sollen einen Beitrag dazu leisten, diese Grundprinzipien wieder in den Fokus der Gesellschaft und der Politik zu rücken."

Stärkung der deutschen Sprache

Angesichts der Pläne, dass im Auswärtigen Dienst der EU nur noch Englisch und Französisch gesprochen werden soll, hat die MIT Osthessen auf ihrer Mitgliederversammlung eine Resolution zur Stärkung der deutschen Sprache verabschiedet. Darin fordert sie die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, sich für die stärkere Verwendung der deutschen Sprache durch die europäischen Institutionen zu engagieren und gegen die geplante neue Praxis im Auswärtigen Dienst der EU zu protestieren. „Innerhalb der Europäischen Union sind annähernd 100 Millionen Menschen deutsche Muttersprachler. Damit ist Deutsch die meistgesprochene Sprache in der EU. Dies muss auch auf der Arbeitsebene der Europäischen Union Berücksichtigung finden", erklärt Gerd Robanus, MIT-Vorsitzender in Osthessen.

Auf der Mitgliedersammlung diskutierten die MITler zudem mit dem MIT-Landesvorsitzenden Edwin Balzter, dem stellvertretenden MIT-Bundesvorsitzenden Frank Gotthardt und der MIT-Bundesgeschäftsführerin Astrid Jantz über die Bedeutung des gesellschaftlichen Mittelstands.

Der gesellschaftliche Mittelstand muss wieder stärker in den Fokus der Politik (v.l.n.r.): Frank Gotthardt, Astrid Jantz, Gerd Robanus und Michael Gehring (Vorstand MIT-Osthessen).

Ausgabenseite auf den Prüfstand stellen

Zum traditionellen Fastenbieranstich der MIT Dresden kam in diesem Jahr der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Josef Schlarmann. Rund 160 Zuhörer folgten im „Wenzel" in der Königstraße seinen Ausführungen zur aktuellen wirtschaftlichen Situation in Deutschland, Europa und der Welt aus Sicht des Mittelstandes. Dabei sparte Schlarmann nicht mit deutlicher Kritik an der vorherrschenden Politik. Er forderte insbesondere eine sparsamere Haushaltsführung. Nicht nur Griechenland und andere derzeit diskutierte Länder seien hoch verschuldet. Auch Deutschland stehe an der Schwelle zum Schuldenabgrund. Politiker dürften nicht mehr ausgeben als eingenommen würde. Im Anschluss suchten viele Besucher den direkten Weg zu einem persönlichen Gespräch mit Josef Schlarmann und stärkten ihn und seine kritische Position gegen zu viel Staatsgläubigkeit.

Josef Schlarmann sparte in Dresden nicht mit deutlicher Kritik an der Politik der Bundesregierung

Kreative Impulse für den Mittelstand

„Innovative Geschäftsmodelle verbinden Know-How, Begabungen, praktische, soziale und künstlerische Intelligenz und besondere Fähigkeiten und schaffen so neue unternehmerische Perspektiven." Mit diesen Worten leitete der Vorsitzende der MIT Mittelbaden, Peter Hertweck, die Vortragsveranstaltung mit dem Unternehmer Frieder Burda ein. Burda, erfolgreicher Kunstmäzen und Museumsgründer, gelang vor den zahlreichen Gästen ein interessanter Brückenschlag von der Kunst zu unternehmerischem Denken und Handeln. „Genauso wenig wie der Künstler, wenn er vor seiner leeren, weißen Leinwand steht, weiß, was am Ende herauskommt, genauso ungewiss ist das Ergebnis für den Unternehmer, wenn er ein neues Geschäft beginnt", sagte Burda. Er empfahl seinen Zuhörern, innovativ zu bleiben und die eigenen Potenziale zu erkennen und auszubauen.

NAMEN SIND NACHRICHTEN

MIT trauert um Hans-Dieter Bäcker

Im Alter von 66 Jahren ist der ehemalige Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Wittekindsland und Herforder MIT-Kreisvorsitzende Hans-Dieter Bäcker verstorben. Seit 1996 führte er die MIT Herford und hatte stets das Ohr nah am Handwerk. Er setzte sich mit Leidenschaft für die mittelständischen Betriebe in der Region ein. Als Vorsitzender der MIT Herford war es sein Bestreben, die Akteure aus Handel und Handwerk an einen Tisch zu bekommen. Er hinterlässt in den Reihen der CDU und in der MIT im Kreis Herford eine große Lücke.

MIT Osthessen

Auf der Mitgliederversammlung des MIT-Bezirksverbandes Osthessen wurde der bisherige Bezirksvorsitzende Gerd Robanus einstimmig in seiner Position bestätigt. Stellvertretende Bezirksvorsitzende wurden Stefan Amend, Prof. Joachim Glaser, Marco Reuter, Holger Schwaab und Kurt Wiegel, MdL. Als Schriftführer wurde Michael Gehring bestätigt. Insgesamt 13 Beisitzer wurden gewählt: Dietmar Bähr, Christof Grössl, Paul Himmelmann, Dieter Klüber, Hubertus Köhler, Winfried Kram, Christian Litzinger, Peter Popplow, Andreas Rey, Frank Rispoli, Gertrude Schreiber, Dr. Peter Tauber, MdB, und Helmuth Will.

MIT Ahrweiler

Elmar Lersch wurde als Vorsitzender der MIT Ahrweiler bestätigt. Zu seinen beiden Stellvertretern wurden Werner Jung und Arnim Bergmann gewählt. Schatzmeister bleibt Josef Niethen. Beisitzer im neuen Vorstand sind Michaela Jüngling, Walter Wirz, MdL, Günther Ellersiek, Heinz-Detlef Odenkirchen, Stefan Kraus sowie Peter Schmitz. Die Jahreshauptversammlung der MIT Ahrweiler fand in diesem Jahr am Nürburgring statt.

Der neue Vorstand der MIT Ahrweiler.

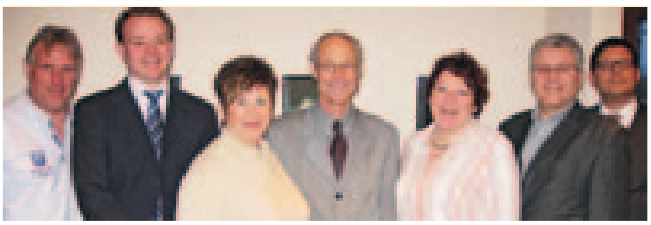
MIT Höxter

Klaus-Dieter Leßmann wurde unter großer Anerkennung seiner bisherigen Arbeit als Kreisvorsitzender der MIT Höxter wiedergewählt. Bei seiner Wahl vor zwei Jahren hatte er die Neumitgliedergewinnung als einen Schwerpunkt benannt und wollte die 200-Mitglieder-Marke überschreiten. Neben einer engagierten Veranstaltungsbilanz gelang es ihm, dieses Ziel zu erreichen. Die MIT Höxter ist von 188 Mitglieder auf 214 Mitglieder gewachsen. Zu Stellvertretern wurden Walter Rieks, Christian Fachin, Holger Sielemann und Rainer Kobusch gewählt. Klaus-Dieter Will wurde als Schriftführer und Karl Simonowski als Pressereferent und stellv. Schriftführer bestätigt. Als Beisitzer gehören ferner Friedrich Berost, Hubert Conze, Stefan Dreier, Björn Friedrich, Holger Gieffers, Patrick Klatt, Birgit Kuchenreiter, Andreas Paal, Norbert Stolte und Diethardt Wolter dem neuen Vorstand an. Auf Bezirks- und Landesebene vertreten Klaus-Dieter Leßmann, Walter Rieks, Christian Fachin, Björn Friedrich, Stefan Dreier, Diethardt Wolter und Karl Simonowski, auf Bundesebene Klaus-Dieter Leßmann, Walter Rieks und Christian Fachin den Kreis Höxter.

Der neu gewählte MIT-Kreisvorstand in Höxter (v.l.n.r.): Klaus-Dieter Will, Christian Fachin, Karl Simonowski, Holger Sielemann, Klaus-Dieter Leßmann, Walter Rieks und Rainer Kobusch.

MIT Kamen/Bergkamen/Bönen

Die Bergkamener Unternehmerin Annette Adams führt die fusionierten MIT-Stadtverbände Kamen/Bergkamen/Bönen als neue Vorsitzende an. Auf der Mitgliederversammlung wurden zudem Brigitte Sehl und Dr. Hubert Brinkschulte als Stellvertreter, Burkhard Geckert, Dirk Chlodek, Stephan Wehmeier, Stefan Rennhak und Michael Sehl als Beisitzer gewählt. Die Versammlung leitete der MIT-Kreisvorsitzende und Landtagskandidat Frank Murmann, der die Fusion der Stadtverbände angeregt hatte.



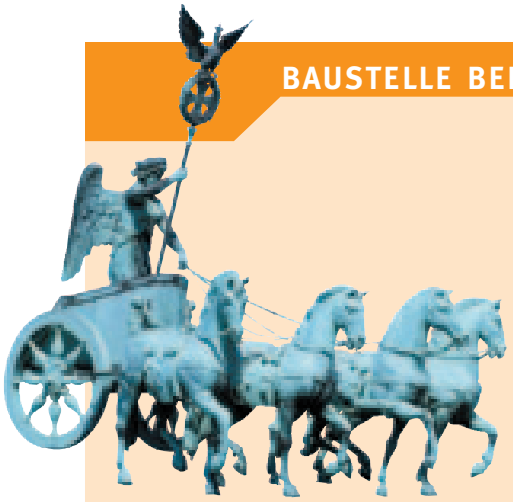
Das neue MIT-Team (v.l.n.r.): Burkhard Geckert, Michael Sehl, Brigitte Sehl, Dr. Hubert Brinkschulte, Annette Adams, Frank Murmann und Marco Morten Pufke (CDU-Vorsitzender Bergkamen).

MIT Vechta

Unter der Leitung des Unternehmers Werner Lübbe hat sich der neue Kreisvorstand der MIT Vechta konstituiert. Auf der Mitgliederversammlung wurde zudem das Aktionsprogramm 2010 vorgelegt. Neben bereits gelaufenen Veranstaltungen wie etwa dem traditionellen Fischessen mit dem MIT-Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und einer Fachdiskussion zum Thema Bio-Kunststoffe geht es in den kommenden Wochen mit aktuellen Themen weiter. Politisch stehen Themen wie etwa die Kreditklemme im Mittelstand und damit die praktische Arbeit der N-Bank sowie Diskussionen über regenerative Energien oder steigende Energiekosten auf der Tagesordnung. Für 2010 erwartet der MIT-Kreisverband das Überschreiten der 700-Mitglieder-Marke.

Werner Lübbe (3.v.l. vorn) mit dem neuen Vorstand der MIT Vechta.

BAUSTELLE BERLIN



Liebe MIT-Streiter,

rund 90 Vertreter aus regionalen Gliederungen der MIT trafen sich auf Einladung des Bundesvorstandes zur Regionalkonferenz Nord in Hannover. Drei Wochen vor der so entscheidenden Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai äußerten die MIT-Funktionsträger große Besorgnis über das Erscheinungsbild der Koalition aus Union und FDP in Berlin. Vor allem die offensichtliche Schwäche der FDP in ordnungspolitischen Fragen sei überaus enttäuschend. Von ihr habe man mehr Rückgrat erwartet bei der im Koalitionsvertrag vereinbarten marktwirtschaftlichen Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung sowie zur Konsolidierung des Haushalts.

In der Diskussion, vor allem mit unserem Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann, hielten die Unions-Mittelstandspolitiker mit ihrer Enttäuschung über die an sich in langen Jahren der rot-grünen Bundesregierung und der anschließenden schwarz-roten Koalition ersehnten Wunschkoalition nicht hinter dem Berg. Sie wandten sich auch dagegen, nach immer gleichem Muster der Illoyalität gezieh en zu werden, wenn aus dem Wirtschaftsflügel heraus ganz offensichtliche ordnungs- oder marktwirtschaftliche Defizite in der Politik der Bundesregierung angesprochen würden. Das sei die Methode „Haltet den Dieb“, aber sie verfange nicht mehr. Ursache des Unmuts sei ein falscher Politikansatz, die Kritik daran eine Reaktion darauf. Statt die Kritiker zu disziplinieren sei es geboten, die Politik zu ändern – zumal die gegenwärtige Regierungspolitik in vielen Fragen dem Koalitionsvertrag diametral entgegenstehe. Das sei auch den meisten Mandatsträgern klar. Einer brachte es auf den Punkt: „Der öffentlich erteilte Ratschlag ‚mal den Mund für 35 Tage zu halten’ hilft uns allen nicht. Dann erinnern wir daran, dass sich 150 Unions-Bundestagsabgeordnete zum Parlamentskreis Mittelstand zusammengeschlossen haben mit dem Sinn, die Förderung des Mittelstandes und der Marktwirtschaft zu unterstützen. Manchmal fragt man sich, wo ist diese Unterstützung? Wo ist das sichtbare politische Bekenntnis zum Mittelstand?“

Die vielen vor Ort arbeitenden MIT-Streiter, zum allergrößten Teil aktive Unternehmer, die man im Bundestag mit der Lupe suchen muss, wünschen sich nichts sehnlicher, als dass der Koalitionsvertrag nun auch umgesetzt und nicht in – gerade für uns Mittelständler – wichtigen Fragen verwässert, erst gar nicht angepackt oder sogar ins Gegenteil verkehrt wird! Diese Strategiedebatte zeigte erneut die große Geschlossenheit unserer MIT, in der es in der Beurteilung des Regierungshandelns und dem drängenden Wunsch nach mehr Marktwirtschaft (konkret: Haushaltskonsolidierung durch Einsparungen, nicht noch mehr Mindestlöhne, Bankenabgaben oder andere Eingriffe in den Markt) keinen Dissens gibt.

Die Bundestagsabgeordneten hören Ähnliches, was ihnen aus der MIT vorgehalten wird, doch auch in ihren Wahlkreisen, von Unternehmern, Kammern und Wirtschaftsverbänden. Das ist nicht unsere Erfindung und Eingebung. Ich denke, man kann dies verstehen, nachdem wir alle gehofft haben, dass nach der großen Koalition nun alles besser wird.

Vielleicht können wir „mal 35 Tage miteinander reden“ und die Politik machen, die wir miteinander verabredet haben...

Zum Schluss noch ein Stück aus der Rubrik „Links denken, rechts leben“: Die Lübecker Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer (SPD), bekannt als strikte Gegnerin des Lübecker Flughafens, flog (selbstverständlich von Lübeck aus) nach Mallorca und saß dort wegen der Aschewolke fest. Nach einer Meldung des „Flensburger Tageblatts“ ließ sie ihre Mitarbeiter „beim Flughafen anrufen, um schnellstmöglich und bevorzugt einen Rückflug zu bekommen.“ Ich meine: Rücktritt statt Rückflug!

baustelle@mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR

Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM Mittelstands Magazin

Herausgeber
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur
Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside
Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht
Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto
Pitopia

Anzeigen
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 995, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf
Verlagsvertretung Getz,
Nielsen II, V, VII
Telefon: 02205 /8 61 79, Fax 02205 /8 56 09
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,
Nielsen III a, III b, IV
Telefon: 06261 / 92 340, Fax 06261 / 92 34 20
MSM Medienservice Meins,
Nielsen I, VI
Telefon: 040 / 69 79 59 15 , Fax 040 / 61 13 61 83

Satz und Layout
Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431/ 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck
Evers-Druck GmbH
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

Bezugsbedingungen
MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.
Der Jahresbezugspreis beträgt 40,– € incl. 7 % Mehrwertsteuer.
Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich.
Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.

ISSN 0932-3325
Copyright für den gesamten Inhalt: GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Druckauflage IV/2009: 52.246

Wenn Sie wissen wollen, was auf Sylt los ist!

ADRESSEN T… …RANSTALTUNGEN
TIPPS SCHL… …INFOS GOURMET
SURF-LEGE… …DER ESSKLASSE
KURTAXE M… …ND LEUTE KARTEN
SHUTTLE S… …N TRAUM-BILDER
FRAU AN S… …H KULINARISCHES
FÜHRUNG… …KINDER-PARADIES
DÜNENLE… …LTUNGS-TERMINE
ESSEN & T… …DE WOCHENENDE
INSEL-CIR… …D 10 BESTEN BARS
SPITZENK… …NACHTSCHWÄRMER
STEINE A… …RESTAURANTS VON
HUNDEU… …GOURMET REZEPTE
TOP TEN… …RITT ÜBER DIE INSEL
WANDER… …LLE LAUFSTRECKEN
BEAUTY… …LLNES NACHTLEBEN
KINDER… …ITEN NORDSEE-QUIZ
PREISE… …N HOTELS SEEHUNDE
HORIZO… …UND KÖRPERPFLEGE
URLAU… …EN-TISCHGESPRÄCHE
FREUD… …BAR WEINE EIN OBER-
SCHLA… …N EXTRA POSTKARTEN
MENS… …EMIL NOLDE NORDSEE

… alles in die insel

die insel
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
E-Mail: die.insel@t-online.de

Ich bestelle die insel 2010

Name: Vorname:

Strasse:

PLZ: Wohnort:

Ich lege 10,- Euro in Briefmarken bei. (Heftpreis + Versandkosten)

„Endlich Rechnungen schreiben, die sofort bezahlt werden. Lexware hat mich überzeugt – typisch Marktführer!“

nur 109,90 €

LEXWARE
Alles in Ordnung

Mit Lexware faktura+auftrag erstellen Sie Angebote, Lieferscheine und Gutschriften in Sekundenschnelle. Sie schreiben 100%ig rechtssichere Rechnungen, die schneller bezahlt werden.

Jetzt kostenlos 4 Wochen testen. www.lexware.de oder per Telefon: 0180 5398011*

* 0,14 €/Min., max. 0,42 €/Min. mobil. Ein Service von dtms.